



Protokoll

der 38. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 20. November 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Raoul I. Furlano (LDP), Jérôme Thriet (LDP), Georg Mattmüller (SP).

Verhandlungsgegenstände:

61.	Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen.....	2
62.	Motion 2 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte	4
63.	Motion 3 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt	7
64.	Motion 4 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen.....	12
65.	Motion 5 Roger Stalder betreffend Anwohnerparkkarte: Stopp der massiven Gebührenerhöhung!.....	16
66.	Motion 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip.....	23
67.	Motion 7 Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt	23
68.	Motion 8 Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze	25
69.	Motion 9 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend ganze Bevölkerung am Überschuss des Kantons beteiligen	27
70.	Motion 10 Joël Thüning betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt	31



Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 20. November 2024, 15:00 Uhr

61. Motion 1 Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen

[20.11.24 15:00:15, 24.5277.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir waren fort mit unserer Sitzung. Wir sind bei Traktandum 61, Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Anpassung des Maximalalters beim Anspruch auf Ausbildungsbeilagen stehengeblieben. Unser nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Familienzulagen sind sozial und familienpolitisch ein sinnvolles Instrument. Ziel ist die Unterstützung von Familien mit Kindern und dies insbesondere in der Ausbildungsfrage. Und jetzt kommt die entscheidende gesellschaftspolitische Frage, wie lange man Kind ist und wann man ein Individuum wird. Heute ist das bei 25 Jahren. Das soll jetzt noch weiter erhöht werden. Um das Bild des Baumes zu verwenden von heute Morgen. Wann ist der Mensch wirklich ein Baum, der auf seinen eigenen Wurzeln steht? Kinder, die dem Haushalt zugeordnet werden, sind wohl eher Äste als eigene Bäume. Ich denke, mit 25 Jahren ist es wirklich Zeit, dass man Baum ist und nicht mehr nur Ast eines Baumes.

Das ist die Frage, die sich heute stellt bei diesem Vorstoss, und dass die Kindheit immer länger gehen soll und man immer länger noch der Familie zugeordnet wird ist nicht die sozialpolitische Struktur, die wir haben sollen, wenn es um die Fragen geht, wer finanzielle Unterstützung vom Staat braucht und wer nicht. Deshalb lehnt der Regierungsrat die Erhöhung dieser Grenze ab.

Es gibt dann auch ganz viele Fragen der Umsetzung. Ich möchte ein paar streifen. Die Familienzulagen sind an den Arbeitsort gebunden. Es soll aber laut Motion höchstwahrscheinlich über Steuern finanziert sein. Das bedeutet, wenn die Eltern nicht im Kanton Basel-Stadt arbeiten und es über Steuern finanziert ist, dann müsste man ja trotzdem auch Unterstützung geben. Das heisst, es ist ein anderes System, also eher ein neues Sozialwerk als wirklich eine Familienzulage, weil die Familienzulagen werden von den Arbeitgebern finanziert und sind an den Arbeitsort der Eltern geknüpft und nicht an den Wohn- und Steuerort der Eltern. Das ist ein Problem.

Man schafft mit diesem Vorstoss ein neues Sozialwerk für diese ein, zwei Jahre von jungen Menschen, die dann auch noch unterstützt werden sollen. Und wir haben da bessere Unterstützungsinstrumente, die bereits bestehen und wenn ein Bedarf besteht, dann sollte eigentlich die Frage sein, ob man insbesondere bei den Stipendien Handlungsspielraum hat, aber nicht dieses Konstrukt der Familienzulage.

Es ist auch eine Verteilungsfrage. Die Population der Familien, die Ausbildungszulagen bekommen für junge Erwachsene von 24 Jahren haben gemäss Statistik höhere Durchschnittseinkommen als die Familien insgesamt bei den Familienzulagen. Es ist also eine Verteilung von Steuermitteln an Haushalte, die nicht die tiefsten Einkommen haben, sondern die eine bessere finanzielle Ausgangslage haben als der Durchschnitt der Familien. Auch diese Verteilungsfrage ist, glaube ich, wichtig und führt dazu, dass wir bei Bedarf Mittel gezielt dort einsetzen sollten, wo Menschen in Ausbildung sind und die finanzielle Situation nicht ausreicht, diese zu finanzieren.

Auch hier macht die Motion eine Regel auf, nämlich dass man das noch ans Einkommen koppeln soll. Dann wird es aber wirklich schwierig. Dann ist es wirklich ein neues Sozialinstrument, das dieser Kanton einfügt und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Motionärin.

Christine Keller (SP): Regierungsrat Kaspar Sutter macht es mir hier nicht einfach. Es gab in letzter Zeit Themen, wo wir näher beieinander lagen, nämlich bei den älteren Menschen. Jetzt geht es halt um junge Menschen beziehungsweise es geht um ihre Eltern. Die Frage, die Regierungsrat Kaspar Sutter vorher gestellt hat, wie lange man Kind ist, sollte ja wohl besser heissen, wie lange die Eltern, Adoptiveltern, Pflegeeltern, Unterhaltspflichtige für ein Kind aufkommen sollen. Diese



Frage ist im Zivilgesetzbuch geregelt, und das Zivilgesetz sagt ja ganz klar, dass die Eltern unterhaltspflichtig sind, bis die erste Ausbildung in ordentlicher Weise abgeschlossen werden kann. Das ist, wie wir auch von Bruno Lötscher eindrücklich gehört haben, eben heute in aller Regel nicht mehr mit 25 Jahren der Fall bei einem Studiengang. Vielmehr ist das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Fachhochschule Bachelorabschlusses bereits 26,6 Jahre, das ist erst der Bachelorabschluss, der Master bei der Universität 27,2 Jahre. Verantwortlich für diese Entwicklungen sind, wie Bruno das auch gesagt hat, HarmoS, Bologna und andere Reformen.

25 Jahre reicht nicht mehr, damit kommen Sie auch vor Gericht nicht durch, wenn Sie als Eltern nicht mehr zahlen wollen. Und da ist jetzt eben die Frage, wie lange unterstützt dann aber der Staat wiederum diese Eltern und diese Eltern, das weiss ich wirklich, darauf wurde ich angesprochen fühlen sich sehr betroffen, insbesondere auch Eltern von jungen Männern, weil einfach bei diesen jungen Männern bereits schon der Zivildienst, der nicht bis beliebig verschoben werden kann, dazu führen kann, dass diese Altersgrenze von 25 Jahren nicht mehr reicht. Und wenn Sie dann unter Umständen zwei Söhne in Ausbildung haben, dann zwei Mal 325 Franken fehlen, dann hat das eine Nase, aber um auch wieder auf Regierungsrat Kaspar Sutter einzugehen, das heisst halt noch lange nicht, dass man dann auch Anspruch auf ein Stipendium hat. Das ist dann wirklich nur bei den bei den Allerwenigsten und bei den Allerärmsten der Fall.

Die Einkommensquellen der Studierenden sind zu 52 Prozent die Familie und zu 39 Prozent Erwerbstätigkeit lediglich zu 4 Prozent Stipendien und Darlehen. Es wurde ja auch gesagt, die Menschen könnten arbeiten. Das machen sie, die durchschnittlich aufgewendete Zeit pro Semesterwoche für die Erwerbstätigkeit ist 9,7 Stunden, für das Semester, 35,4 Stunden. Diese Zahlen stammen aus der Untersuchung über die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden aus dem Jahre 2020. Diese Menschen arbeiten, aber sie brauchen auch die Unterstützung von zu Hause, und deren Eltern wiederum sind sehr froh, wenn sie das Geld dann eben in Form einer Ausbildungszulage selbstverständlich nicht vollumfänglich zurückerhalten, aber doch einen wesentlichen Beitrag daran erhalten.

Was die angesprochenen Probleme betrifft, so ist zu sagen, dass wir auch jetzt schon eine kantonale Leistung bei den Ausbildungsbeiträgen haben, nämlich diese Leistung bei den Nichterwerbstätigen. Das zahlt der Kanton auch jetzt schon. Und dann macht er es halt auch für diese ein bis maximal zwei Jahre, die wir hier entgegenkommen würden. Die Kosten dürften sich in Grenzen halten. Der Bund hat einmal ausgerechnet 70 Millionen für ein Jahr kostet das bundesweit, das bedeutet grob herabgebrochen auf die Einwohner von Basel-Stadt ein bis zwei Millionen. Ich finde sehr wohl, dass es ein Gebot der Chancengleichheit ist. Dass heute eben bei den 24-Jährigen vor allem gutverdienende Eltern da sind, ist ja eben weil die Chancengleichheit nicht erreicht ist, weil es eben immer noch Kinder von nicht so gut gestellten Eltern eher nicht schaffen, ein Studium zu beginnen. Und gerade darum sind die Ausbildungszulagen als ein kleiner Teil der sozialen Gerechtigkeit wichtig. Ich bitte Sie also, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004997, 20.11.24 15:11:13]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 63 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.



62. Motion 2 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Durchführung einer Lohnanalyse für Kantonsangestellte

[20.11.24 15:11:25, 24.5278.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Sprecher hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich unterstütze das Anliegen der Motionäre aus Konsequenz, als Folge der mehrfach von der Partei geäusserten Forderung nach der Erstellung und Offenlegung von Lohnvergleichen bei der Polizei. Ebenfalls aus Konsequenz meiner Forderung nach Verbesserungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst.

Ich erachte die Forderung, die Gehälter der Kantonsangestellten mit anderen Kantonen zu vergleichen sowie eine bereichsübergreifende Betrachtung innerhalb aller Departemente vorzunehmen in diesem Zusammenhang als wichtig. Dies ist auch im Sinne der aus liberalen Überzeugungen gebotenen Transparenz.

Es ist mir jedoch wichtig zu betonen, dass ich keinesfalls die Arbeitsbedingungen für alle Kantonsangestellten grundlegend attraktiver gestalten möchte, vielmehr stehe ich für Transparenz und faire Vergleiche von Löhnen und Arbeitsbedingungen in unserem Kanton ein. Da die Arbeitsbedingungen der Kantonsangestellten laut mehreren Aussagen der Regierung ohnehin überprüft werden, kann eine Offenlegung der Lohnvergleiche nicht schaden. Eine automatische Anhebung aller Löhne unterstütze ich jedoch keinesfalls.

Insgesamt gehe ich davon aus, dass wir in vielen Bereichen bereits über sehr gute Arbeitsbedingungen und Einstiegsgehälter verfügen, ausser bei der Polizei natürlich. Ich bitte Sie daher auch im Namen der LDP, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Gerne führe ich kurz aus, wieso die FDP diese Motion bestreitet und zur Ablehnung empfiehlt. Wir müssen bis zum Absender schauen bei dieser Motion. Es geht hier nicht um eine Ergebnis offene Lohnanalyse, sondern es geht um eine komplexe Analyse, die die These der Motionäre doch stützen soll. Diese lautet, dass in Basel-Stadt die Kantonsangestellten schlechter bezahlt sind als in anderen Kantonen oder in der Privatwirtschaft. Wirklich schlechter als in der Privatwirtschaft – sämtliche Studien führen ja aus, dass es genau umgekehrt ist, dass der Staat der Privatwirtschaft Arbeitnehmende mit höheren Löhnen weglockt und ködert oder mit besseren Vorsorgelösungen. Die Motionäre fordern ja nicht nur eine komplexe Analyse der Gehälter und der Funktionen, nein, sie fordern sogar, was die Analyse zeigen soll. Die Analyse soll aufzeigen, wo die Löhne der Kantonsangestellten angehoben werden müssten.

Alle die hier meinen auf der bürgerlichen Seite, dass am Ende die Analyse das Gegenteil zeigen wird, die könnten sich da schon noch täuschen. Darum lehnt die FDP die Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): In der Basler Kantonsverwaltung sind viele gut ausgebildete und erfahrene Fachkräfte beschäftigt. Das ist unbestritten. Sie alle tragen massgeblich dazu bei, dass es unserem Kanton gut geht. Zu ihnen müssen wir Sorge tragen. Auch gerade im Hinblick auf den vorherrschenden Fachkräftemangel und Personalengpass in zahlreichen Berufsgruppen ist es besonders wichtig, dass wir faire und gerechte Anstellungsbedingungen und Lohngleichheit für gleichwertige Arbeit beim Kanton anbieten.

Es gilt als Schweizer Gepflogenheit, nicht über den eigenen Lohn zu sprechen. Zum Glück halten sich Arbeitskolleginnen und -kollegen nicht mehr daran, vor allem solche mit einem englischen Job-Profil. denn indem wir offen über Löhne und Lohnklassen sprechen und somit für Lohntransparenz sorgen, lassen sich Lohndiskriminierungen und Lohnungleichheiten aufdecken. Systematische Ungleichbehandlungen bei Lohn, sei es zwischen den Geschlechtern, Berufen oder Branchen erregen zuverlässig Aufmerksamkeit und Emotionen. Zu Recht. Alle Angestellten haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Dieser Grundsatz ist in der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung festgehalten.

So führen auch die Lohnunterschiede nicht nur zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor regelmässig zu hitzigen Debatten, sondern auch im interkantonalen Vergleich und sogar innerhalb der kantonalen Departemente, wenn diese festgestellt werden. Für Kantonsangestellte ist es besonders stossend und nicht nachvollziehbar, wenn sie davon Kenntnis



erhalten, dass bei einer gleichwertigen Arbeit Lohnunterschiede und insbesondere unterschiedliche Lohnklasseneinstufungen innerhalb und über alle Departemente hinweg stattfinden. Es kann einfach nicht sein, dass eine Person in eine tiefere Lohnklasse eingestuft wird, nur weil sie in «Pech» hat mit ihrem Beruf in einem bestimmten Departement zu arbeiten, wo dies so gehandhabt wird. Es braucht dringend eine Vereinheitlichung der Einstufung und die Lohnklassen für vergleichbare Berufsgruppen in allen Departementen und auch bestehende Begründungen, weshalb Lohnungleichheiten bestehen, müssen überprüft werden.

Wir dürfen auch nicht davon ausgehen, dass sich Bewerbende bei der Einstufung in die Lohnklassen gut auskennen. Die Kriterien bei einer Einstufung in eine bestimmte Lohnklasse sind zudem sehr fein. Für Kantonsangestellte lassen sich diese Ungleichheiten bei der Einstufung in eine Lohnklasse nicht auf Anhieb erkennen. Dieses Unkenntnis darf nicht ausgenutzt werden, denn in ihrer Unzufriedenheit verlassen viele Angestellte den Kanton. Das können wir uns beim hiesigen Fachkräftemangel nicht leisten.

Als einer der wichtigsten Arbeitgebenden, wer zudem eine Vorbildfunktion hat, muss der Kanton deshalb hinter diese Bücher, denn der oft proklamierte Grundsatz des Kantons Basel-Stadt «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» wird nicht immer erfüllt. Auch wenn in der vorliegenden Motion nur von einzelnen Berufsgruppen die Rede ist, so dienen sie lediglich als Beispiele. Selbstverständlich sollen die Lohnklassen aller Berufe analysiert werden.

Die letzte Revision des Lohngesetzes ist schon lange her. Deshalb ist es an der Zeit, dass die Löhne aller Kantonsangestellten überprüft werden und wo nötig, Verbesserungen bei den Löhnen bzw. Lohnklassen sowie im Lohngesetz vorgenommen werden. Hierzu sollen, wie in der Motion gefordert bin, innert zweier Jahren in einer umfassenden Analyse die Gehälter der Kantonsangestellten mit anderen Kantonen verglichen sowie innerhalb und über alle Departemente hinweg angeschaut werden.

Die SP-Fraktion unterstützt deshalb diese vorliegende Motion und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet annehmen? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Wenn sich zeigen sollte, dass es Ausreisser nach oben gibt, aber die meisten Löhne tiefer sind, sind Sie dann auch einverstanden, dass man Korrekturen nach unten vornimmt?

Amina Trevisan (SP): Selbstverständlich nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: BNächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Also mir ist nicht ganz klar, was Sie wollen. Wenn Sie eine Systempflege wollen, die hatten wir, die war sehr teuer und ging etwa 10 Jahre. Man hat gesagt, jetzt kommt die grosse Gerechtigkeit. Tag 1 nach dieser Systempflege kommt die Person X: «Ich bin unzufrieden, ich brauche mehr Lohn, meine Funktion hat sich verändert in den letzten 10 Jahren.» Ja logisch, das passiert dauernd. Und ich werde so eine Systempflege nicht mehr durchführen. Das ist vollkommen sinnlos, eine Lohnanalyse über alle Kantonsangestellte, das ist ein Wahnsinnsprojekt.

Und mit wem sollen wir das vergleichen? Mit den anderen Kantonen? Ja, mit welchem hätten Sie es gern? Basel-Landschaft, Zug, Nidwalden, Zürich? Zürich hat ja das höchste Lohnniveau. Ah, aber die haben auch die höchsten Mieten. Ist es denn fair, ist das ein fairer Lohn, wenn wir gleich viel verdienen wie in Zürich? Dann kommen die Wirtschaftsverbände: «Geht es euch noch.? Wir sind hier in Basel-Stadt, ihr könnt nicht das Lohnniveau vom Kanton Zürich haben.» Also mit wem vergleichen wir? Das ist keine einfache Frage.

In den Kantonen ist das Lohnniveau unterschiedlich. Bei uns im Kanton ist es unterschiedlich. Zwischen KMU und grossen Firmen ist es auch unterschiedlich. Jetzt werfen Sie mir noch vor, wir würden unter den Departementen verschiedene Löhne haben für die gleiche Funktion. Was wir seit Jahren machen im öffentlichen Personalrecht, wir vergleichen die Löhne unter uns. Da sind aber einzelne unzufrieden, weil sie sagen, ihre Funktion sei anders. Wir müssten mit einem anderen Kanton vergleichen und nicht innerhalb.

Ja, was wollen Sie jetzt? Wollen wir innerhalb des Kantons Gleichheit, oder gegenüber anderen Kantonen, gegenüber der Privatwirtschaft? Das ist keine einfache Frage. Wir machen hier ein wenig einen Spagat und innerhalb gibt es bei jeder neuen Einreihe einen Vergleich. Das gibt es, das ist so seit Jahren und das führt zu Unzufriedenheit bei Gewissen, weil sie der Meinung sind, ihre Aufgabe sei anstrengender oder sie leisten mehr. Wir haben keinen Leistungslohn in dem Sinne, sondern nach Funktion.



Also die Unzufriedenheit ist immer dabei Löhnen, aber wenn Sie eine Lohnanalyse wollen, dann möchte ich dann auch wissen, spätestens bei der Zweitüberweisung, mit wem Sie sich vergleichen wollen, an welches Niveau wollen Sie. Einfach ans höchste Innerschweiz, Nordwestschweiz, über die Grenze schauen wir gar nicht, die sind alle schon wütend auf uns, weil wir viel mehr bezahlen.

Aber ich kann Ihnen sagen, es gibt überall Unzufriedenheit und ein riesiges Projekt einfach für viel Geld erachte ich wirklich für sinnlos. Wir schauen dort, wo wir den grössten Mangel haben. Wir sind jetzt bei den Schichtarbeitenden. Das ist auch nicht einfach. Mit wem vergleicht man sich? Wenn wir da nur mit Zürich vergleichen, dann ist Basel-Landschaft, Solothurn und Aargau sehr wütend, wenn wir so viel mehr bezahlen.

Wir sind dort, wo das grösste Problem besteht, daran zu schauen, was wir machen können. Das ist viel gezielter, einfacher, es geht schneller als ein neues Zehnjahresprojekt zu haben, das dann nach 10 Jahren nämlich wieder veraltet ist. Daher bitte ich Sie schon im ersten Umgang, auch wenn es sinnlos ist, diese Motion nicht zu überweisen. Und sonst hoffe ich, dass wir dann bei der Zweitüberweisung mit einer Stellungnahme von uns vielleicht klären können, was Sie wirklich wollen, damit wir das, wenn wir einen Auftrag bekommen, auch richtig machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim Motionär Nicola Goepfert angelangt.

Nicola Goepfert (GAB): Es freut mich, dass voraussichtlich eine deutliche Mehrheit hier im Saal meine Motion unterstützt und inzwischen auch die SVP zum Schluss gekommen ist, sie zu unterstützen. Nur die FDP lehnt es ab, weil ihnen scheinbar der Absender nicht passt. Und Frau Regierungsrätin Tanja Soland, wenn Sie noch Fragen haben, können Sie gerne zu mir kommen, dann können wir das auch vertieft anschauen, damit wir die Zweitüberweisung vorbereiten können.

Die Motion ist entstanden, nachdem wir die Motion zur Verbesserung der Löhne bei der Polizei überwiesen haben, denn wir müssen darauf achten, dass der Kanton als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Deshalb fordert meine Motion, dass der Kanton die Löhne seiner Angestellten umfassend überprüft und wo notwendig, also nicht überall, sondern dort, wo es wirklich notwendig ist, Verbesserungsvorschläge zu machen.

Die Prognosen für den Fachkräftemangel in der Verwaltung sehen schlecht aus. Bis 2030 fehlen in der Schweiz voraussichtlich mehr als 130'000 Fachkräfte für den Service Public. Das entspricht 15 Prozent des benötigten Personals, so die Prognose einer Studie von 2023, die das Beratungsunternehmen PWC zusammen mit der Universität St. Gallen erstellt hat. Der Absender bin nicht ich, sondern sind in ihren Augen wahrscheinlich glaubwürdige Absender. Die öffentliche Verwaltung dürfte vom Fachkräftemangel noch härter getroffen werden, also der öffentliche Sektor insgesamt. So ist anzunehmen, dass im Jahr 2030 schweizweit über 30'000 Fachkräfte fehlen. Das sind etwa 25 Prozent des zu jenem Zeitpunkt erforderlichen Personals. Und auch bei den Ausführungen zur Kantonspolizei zum Budget sagen Sie ja, dass einige aufgrund des Alters in den nächsten Jahren gehen werden. Auch dort wird sich das wieder zuspitzen und das Personal wird fehlen.

Die Frage, die sich uns also stellt, ist, wie können wir in Basel-Stadt auf diese Herausforderung reagieren? Wo stehen wir als Kanton? Und das müssen wir wissen am besten, bevor es zu spät ist. Diese Motion schafft also ein Werkzeug, mit dem gezielt Massnahmen ergriffen werden können. Dabei muss festgehalten werden: diese Motion bietet keine Grundlagen, um weiteren Fragen schon entgegenzuwirken, um den Lohn von irgendeiner oder irgendeinem Kantonsangestellten zu verschlechtern. Sie lässt lediglich Massnahmen zu, welche die Arbeitsbedingungen verbessern. Ziel ist es ja auch, attraktive Arbeitsbedingungen sicherzustellen und qualifiziertes Fachkräftepersonal für den Kanton Basel-Stadt zu gewinnen und auch langfristig zu halten und nicht umgekehrt.

Deshalb bedanke ich mich, dass Sie diese Motion überweisen. Mit dieser Motion schaffen wir uns einen Überblick über die aktuelle Situation und wappnen uns für die Zukunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 28 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0004999, 20.11.24 15:28:09]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

63. Motion 3 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Entlastung der Prämienlast in Basel-Stadt

[20.11.24 15:28:22, 24.5279.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist der Regierungsrat nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als erster Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Es ist richtig, die Gesundheitskosten sind in Basel hoch. Aber zumindest eine Teillösung für die Dämpfung wäre in Sicht. Leider stellen sich die SP und Basta gegen die EFAS-Vorlage und sagen Nein zur einheitlichen Finanzierung. Das vielleicht noch vorab zu einer Möglichkeit, die Kosten zu senken.

Basel-Stadt gehört aber heute schon zu den Kantonen mit dem höchsten Anteil an Prämienverbilligungen. Heute ist fast jeder dritte Basler und jeder dritte Baslerin bezugsberechtigt und die Verbilligungen betragen plus/minus 200 Millionen Franken. Einen Teil der Prämienverbilligung übernimmt bekanntlich der Bund, abhängig von den Bruttokosten der Krankenkassenkosten total. Und da sieht man im Kantonsvergleich, wenn wir wieder beim Kantonsvergleich von vorher bleiben, dass in Basel-Stadt heute schon 70 Prozent vom Kanton übernommen werden. Im Kanton Zürich sind das vergleichbar 40 Prozent. Das zeigt auch da, wir sind heute schon sehr grosszügig in diesen Prämienverbilligungen.

Vielleicht noch eine Anmerkung. Wenn wir immer mehr Bezugsberechtigte haben für die Prämienverbilligung, lösen wir wahrscheinlich das Problem dann auch nicht, dass wir die steigenden Gesundheitskosten senken beziehungsweise in den Griff bekommen können. Und dann noch abschliessend, ob es dann sehr demokratisch ist, wenn die Schweiz diese Initiative ablehnt und wir jetzt einfach das lokal umsetzen wollen, ist dann noch eine andere Frage. Die FDP lehnt die Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die stimmberechtigten Einwohner und Einwohnerinnen unseres Kantons haben dieses Jahr am 9. Juni die Prämienentlastungsinitiative mit etwas mehr als 54 Prozent angenommen, einmal mehr im Verbund mit der Westschweiz und dem Tessin. Leider wurde auf nationaler Ebene aufgrund auch massiver Lobbyarbeit und finanzschwerer Kampagne die Initiative abgelehnt. Der politische Wille, die Belastung bei den Krankenversicherungsprämien im Kanton Basel-Stadt zu minimieren, wurde aber von der Bevölkerung klar ausgesprochen. Dies erstaunt ja auch nicht wirklich. Die Gesundheitskosten und die Krankenversicherungsprämien stehen mindestens seit zwei Jahren unangefochten auf Platz 1 des Sorgenbarometers der schweizerischen Bevölkerung, und dies deutlich mit knapp 42 Prozent liegen die Gesundheitskosten dieses Jahr fast um 10 Prozent vor dem zweiten Platz. Dies sind übrigens die steigenden Mietkosten.

Und es wird sich leider auch in der Zukunft nicht entspannen, auch mit Efas nicht. Auch in den kommenden Jahren werden sich die Gesundheitskosten und die Belastung durch Krankenkassenprämien auf Platz 1 stehen. Für das kommende Jahr steigern die Krankenkassenprämien im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt in Basel-Stadt unterdurchschnittlich. Anstatt 6 Prozent steigt die Witwenprämie im Kanton nur um eineinhalb Prozent und die Standortprämien um knapp 1 Prozent. Dies ist zwar wirklich erfreulich und sozialpolitisch unbedingt notwendig. Es ist auch ein Beweis dafür, dass staatliches Eingreifen und Regulierungen im Gesundheitswesen eben halt wichtig sind.

Trotzdem müssen wir festhalten: die Standardprämien betragen in Basel-Stadt im kommenden Jahr 674 Franken und somit sind wir neben Genf und dem Tessin immer noch auf dem Podest. Die teuersten Prämien sind immer noch knapp 100 Franken monatlich über dem schweizerischen Durchschnitt.



Höhere Prämien sind einfach nicht mehr tragbar. Die Krankenkassenprämien wie auch die selbst getragenen Gesundheitskosten bleiben eine starke finanzielle Belastung für die basel-städtische Bevölkerung und eine Deckelung dieser Kosten ist unerlässlich und wäre politisch verantwortungsvoll. Der Kanton Basel-Stadt schüttet im Vergleich zu anderen Kantonen die Prämienverbilligungen, wie auch schon von Daniel Seiler erwähnt, grosszügiger aus und passt zudem jährlich die Verbilligungen der Krankenkassenprämien der Erhöhung an. Das ist wichtig und auch richtig, aber die Grundproblematik lösen wir mit damit überhaupt nicht oder nur ein bisschen bedingt, würde ich sagen. Wir wissen es eigentlich alle, es müssten schon lange grundsätzliche Lösungen entwickelt werden, anstatt die bisherige notwendige Praxis der staatlichen Subventionierung eines nicht funktionierenden Systems einfach immer weiter auszubauen. Denn auch in Zukunft wird das Haushaltsbudget von immer mehr Familien und Einzelpersonen durch den jährlichen hohen Anstieg der Krankenkassenprämien stark belastet. Insgesamt beziehen zurzeit jedoch nur rund 16'000 Personen Prämienverbilligungen. Es ist davon auszugehen, dass viele Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt deutlich mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien bezahlen müssen. Der Durchschnitt liegt bei rund 17 Prozent.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat, Massnahmen zu ergreifen, um eine Deckelung der Prämienlast auf 10 Prozent zu beschränken. Die Motion lässt die Art und Weise der Massnahmen offen. Ich verstehe es deshalb wirklich nicht, weshalb der Regierungsrat die Gelegenheit nicht nutzen möchte, eine Antwort hierzu abzugeben. Der Regierungsrat kennt das kantonale Abstimmungsresultat zur Prämientlastungsinitiative wie auch das jährliche Sorgenbarometer, von dem gehe ich einfach mal aus, und deshalb wäre es eine verpasste Chance mit der Beantwortung der Motion die Art und Weise einer Deckelung mittels Prämienverbilligungen sowie weitere kantonale Massnahmen zu entwerfen und die Prämienlast der Bevölkerung stärker als bisher zu reduzieren.

Deshalb befürworten die BastA und die grüne Partei die Überweisung der Motion. Das Problem ist zu real und wirklich zu gross, um einfach darüber wegzusehen. Diejenigen Grossräte und Grossrätinnen, welche vielleicht in Detailfragen noch skeptisch sind, aber das Problem der Prämienlast und hohen Gesundheitskosten anerkennen, lade ich ein, die Motion zumindest ein erstes Mal zu überweisen. Allen anderen wünsche ich Gemütlichkeit im politischen Elfenbeinturm.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf dieses Votum für meinen Fraktionskollegen Raoul Furlano halten, der aktuell gerade nicht hier ist. Diese Motion mag auf den ersten Blick wie eine Lösung erscheinen, jedoch birgt sie einige Risiken und Nebenwirkungen – er hat Herausforderungen geschrieben, aber ich denke, Nebenwirkungen passen auch gut -, die wir nicht ignorieren dürfen. Zunächst müssen wir die grundlegende Funktionsweise unseres Gesundheitssystems berücksichtigen. Die Finanzierung der Grundversicherung über Kopfprämien stellt sicher, dass alle Versicherten im Krankheitsfall die gleiche Grundversorgung erhalten. Eine Deckelung der Prämien könnte dazu führen, dass wir in der Finanzierung der Krankenkassen und damit in der Qualität der Gesundheitsversorgung Abstriche machen müssen. Wir müssen sicherstellen, dass unser Gesundheitssystem leistungsfähig bleibt und die bestmögliche Versorgung für alle gewährleistet ist.

Zudem könnte die vorgeschlagene Entlastung für Haushalte, die über 10 Prozent ihres Einkommens für Prämien ausgeben, zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für den Kanton führen. Wir müssen uns fragen, woher die Mittel kommen sollen, um die Differenz zu decken. Dies könnte letztlich auf Kosten anderer wichtiger Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur gehen. Eine nachhaltige Lösung erfordert langfristige Strategien, nicht kurzfristige finanzielle Entlastungen.

Darüber hinaus müssen wir uns mit den Ursachen der steigenden Prämien auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass wir nicht nur Symptome bekämpfen, sondern auch an die Wurzel des Problems gehen. Wir brauchen Reformen im Gesundheitswesen, die eine bessere Kostenkontrolle und effizientere Strukturen ermöglichen. Statt Prämien zu deckeln, sollten wir darüber nachdenken, wie wir das gesamte System optimieren können. Darum empfehle ich im Namen von Raoul Furlano und der LDP, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Bolliger an? Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (GAB): Sie können auch im Sinne von Raoul Furlano antworten. Beim grundsätzlichen Problem bin ich voll bei Ihnen. Würden Sie es denn begrüssen, auch eine Einheitskrankenkasse in der Schweiz zu prüfen?

Annina von Falkenstein (LDP): Grundsätzlich glaube ich nicht, dass der Markt hier versagt hat, und deshalb bin ich nicht für die Einheitskrankenkasse.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Wir haben es gehört, die Krankenkassenprämien steigen stetig und belasten die Haushalte zunehmend, besonders bei uns in Basel-Stadt. Die Motion fordert eine Deckelung der Prämien bei 10 Prozent des Einkommens. Dies würde vor allem jene entlasten, die unter den hohen Prämien am stärksten leiden.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss ermöglicht werden, damit nötige Arztbesuche nicht wegen Angst vor zu hohen Kosten aufgeschoben werden. Denn dies belastet nicht nur die Gesundheit der betroffenen Menschen, sondern auch das System. Doch nicht nur einkommensschwache Haushalte und die untere Mittelschicht würde profitieren. Generell würde sich die Haushaltskasse der Menschen in Basel verbessern, so dass andere wichtige Posten bezahlt werden können.

Wenn schon immer von Standortattraktivität geredet wird, muss man festhalten, dass die hohen Prämien von Basel-Stadt diese nicht verbessern, liegt Basel doch neben verschiedenen Kantonen mit tieferen Prämien und ist zudem Grenzkanton. Standardattraktivität bedeutet eben nicht nur Privilegien für die Unternehmen oder Gutverdienende, sondern auch für die potenziellen Mitarbeitenden ein attraktives Lebensumfeld zu schaffen. Dies würde mit der Motion geschehen.

Mit der Annahme der Motion müsste der Kanton die zusätzlichen Kosten übernehmen. Dies schafft jedoch auch den Anreiz, die steigenden Gesundheitskosten effektiver in den Griff zu bekommen. Der Kanton hätte also ein gesteigertes Interesse daran, die Kostenexplosion zu stoppen. Die erwähnten erhöhten Ausgaben könnten übrigens auch ohne Leistungseinbrüche zu einem Teil mit Hilfe beispielsweise einer Einheitskasse kompensiert werden.

Unser Kanton kann sich aber auf jeden Fall eine Prämiendeckelung leisten, und davon würden alle profitieren. Wenn wir uns ansehen, wofür unsere Steuergelder verwendet werden, ist dies eine sinnvolle Investition, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Es wäre eine soziale und gerechte Lösung, die sich an den Einkommen orientiert.

Die Basler Bevölkerung hat bereits durch das Abstimmungsresultat zur nationalen Initiative gezeigt, dass sie sich eine solche Entlastung wünscht. Jetzt liegt es an uns, diesen Wunsch auf kantonaler Ebene zu realisieren: *Salus Publica Suprema Lex* – so steht es hier im Saal und bedeutet so viel wie Das Gemeinwohl ist oberstes Gesetz. *Salus* kann auch als Gesundheit übersetzt werden. In beiden Fällen trägt die Motion zu diesem aus meiner Sicht wichtigen Grundsatz bei. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir Grünliberalen anerkennen durchaus das Problem, das Oliver Bolliger angesprochen hat. Wir haben ein Problem gerade bei den mittleren Einkommen, die Krankenkassenprämienlast ist dort viel zu hoch. Dieses Problem wollen wir nicht wegreden. Wir wollen uns auch hier der politischen Verantwortung, die angesprochen wurden, ist durchaus stellen. Soweit sind wir uns auch einig. Die Frage ist, was der richtige Weg ist und insbesondere auch, was hier unsere Aufgabe auf kantonaler Ebene ist. Können oder sollen oder müssten wir hier auf die Bundesebene verweisen?

Was ich nicht verstehe, ist, warum insbesondere von der linken Seite das nicht angesprochen worden ist. Es ist es von der Einheitskasse gesprochen worden. Dazu äussere ich mich nicht. Aber was Sie hätten ansprechen sollen aus meiner Sicht ist die Frage nach einkommensabhängigen Prämien, denn darum geht es in dieser Motion. Wenn wir das annehmen und so umsetzen würden, hiesse das letztendlich nichts anderes, als dass wir im Kanton bis weit in mittlere und hohe Einkommen hinein faktisch einkommensabhängige Prämien machen würden, und dieser Idee ist stehen wir Grünliberalen durchaus offen gegenüber. Aber wir wollen das wenn schon richtig umsetzen. Und das wäre dann natürlich auf der Ebene des KVG, auf Bundesebene.

Aber das wäre die richtige Frage hier. Ist es richtig, das jetzt hier auf kantonaler Ebene, nur weil wir hier andere Mehrheitsverhältnisse haben, einfach durchzudrücken? Da hört uns die Einigkeit auf. Ein Teil der Fraktion wird diese Motion voraussichtlich überweisen, insbesondere weil sie sich auch eine Berichterstattung des Regierungsrats in dieser Frage wünschen. Andere lehnen es ab, ich eingeschlossen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Daniela Stumpf Rutschmann.

Daniela Stumpf Rutschmann (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Motion abzulehnen. Was Melanie Eberhard in der Motion fordert, ist alter Wein in neuen Schläuchen. Die entsprechende nationalen Volksinitiativen ihrer Partei, der SP, wurde vor Monaten abgelehnt. Nun probiert Melanie Eberhard, was bei nationalen Volksinitiativen nicht zur



Regel werden sollte, das Geforderte im Kanton Basel-Stadt einzuverlangen, quasi als Insellösung, weil Basel-Stadt, so wird sie es begründen, der Initiative ja zugestimmt hat.

Dabei verkennt Melanie Eberhard, weshalb die Bevölkerung Ja gesagt hat: Ja, die Initiative wurde damals angenommen, weil tatsächlich die Prämienlast nirgends höher als in Basel-Stadt ist. Diese Belastung nimmt Jahr für Jahr zu und führt dazu, dass sich immer mehr Menschen aus dem Mittelstand den Kanton nicht mehr leisten können. Nicht wenige ziehen deshalb gerade auch wenn sie Kinder haben weg. Eine vierköpfige Familie gibt es heute gut 1000 Franken pro Monat für die Krankenkassenprämien aus. Das ist zu viel, und hier sind wir uns mit der SP sogar einig. Doch leider ist die SP auch in diesem Kanton in der Vergangenheit nicht dadurch aufgefallen, die Lebenshaltungskosten im Kanton zu senken, im Gegenteil, mit immer neuen Vorschriften und Bürokratie in sämtlichen Lebensbereichen macht sie das Leben teurer, sei es bei der Gesundheit, beim Wohnen, beim Arbeiten oder beim Autofahren.

Die Kosten, die bei Annahme dieser Motion für die Steuerzahler entstehen würden, wären entsprechend hoch. Damit würden wieder diejenigen zusätzlich belastet werden, die schon heute die Hauptlast zu tragen haben. Vielmehr geht es darum, dass wir alles unternehmen, um die Gesundheitskosten zu senken. Das von Ihrer Parteifreundin SP Bundesrätin Dreyfuss eingeführte KVG muss reformiert werden, es muss sich wieder lohnen, gesund zu sein und es müssen mehr Anreize geschaffen werden, damit wir gesund bleiben. Hier gibt es auf Bundesebene diverse Vorschläge, wie die Straffung des KVG-Katalogs, eine höhere Mindestfranchise oder eine Gebühr für unnötige Besuche auf der Notfallstation.

All diese Dinge belasten unser Krankenkassensystem. Die Interpellation von Gianna Hablützel hat aufgedeckt, dass der basel-städtische Steuerzahler wegen dem von der SP verantworteten Asylchaos im Jahr 2023 für Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten von Asylmigranten rund 13,08 Millionen Franken ausgab, ein Drittel mehr als im Jahr 2022. Gleichzeitig müssen wir aufpassen, dass wir nicht unnötig Sogwirkung schaffen. Wenn wir auch in diesem Bereich – wir sind schon bei den Prämienverbilligungen enorm grosszügig – im schweizerischen Vergleich grosszügiger sind wie die restliche Schweiz, kommen mehr Menschen in unseren Kanton, die von uns die Prämien bezahlt erhalten wollen. Der Anreiz, sich eigenverantwortlich um tiefere Gesundheitskosten zu kümmern, sinkt somit nochmals. Ich bitte Sie daher, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Beda Baumgartner annehmen? Sie wird abgelehnt. Ich entschuldige mich auch bei Beda Baumgartner, er wollte vorher schon eine Zwischenfrage stellen und ich habe sie übersehen. Wir kommen zum Sprecher des Regierungsrat, Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die steigenden Prämien sind eine Herausforderung für viele, für alle und insbesondere für Haushalte mit tiefen Einkommen. Wir sind dabei gefordert, die Massnahmen zu ergreifen, die möglich sind, um dieses Kostenwachstum zu dämpfen. In diesem und im kommenden Jahr steigen die Prämien in Basel-Stadt weniger stark als im Schweizer Durchschnitt. Das ist zumindest auch eine gute Botschaft. Und es gilt auch festzuhalten, dass aufgrund der Alterung der Gesellschaft und aufgrund des Fortschrittes der Medizin wir steigenden Gesundheitskosten ausgesetzt sind und man kann auch eigentlich in allen Ländern beobachten, dass mit steigendem Wohlstand auch der Anteil an Gesundheitsausgaben steigt. Da gibt es auch gewisse Parameter, die nicht nur negativ zu bewerten sind.

Gesundheit ist ein elementares Gut und deshalb kennt unser Kanton ein ausgeklügeltes und gutes und gerechtes System von Prämienverbilligungen, das auch gut abgestimmt ist mit anderen bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Wir haben das auch erhöht, das letzte Mal mit der SV 17, wir haben da neue Einkommensklassen eingeführt, so dass die Unterstützung weiter in den mittleren Mittelstand geht. Und es gibt auch einen Bonus für diejenigen Prämienzahlenden, die ein alternatives Versicherungsmodell wählen. Das wurde mit der SV 17 eingeführt.

Wir sind als Regierungsrat auch sehr konsequent wenn es darum geht, die Prämiensteigerungen abzubauen bei den Prämienverbilligungen. Wir machen das jedes Jahr sehr konsequent, selbst als die Prämien gesunken sind haben wir auch die Prämienverbilligungen leicht gesenkt. Aber grundsätzlich geht es nach oben und wir erhöhen jeweils konsequent um den gleichen Prozentsatz unsere Prämienverbilligungen, die wir auszahlen.

Das bedeutet, dass Basel-Stadt schon heute 3'742 Franken pro beziehende Person und Jahr bezahlt. In der Schweiz liegt der Durchschnitt bei 2'421, wir sind da deutlich höher als andere Kantone. Das führt dazu, dass ein Viertel der Bevölkerung Prämienverbilligungen bezieht insgesamt 53'500 Personen, sei es via Ergänzungsleistungen, via Sozialhilfe oder was allen Haushalten zur Verfügung steht über die entsprechenden Einkommen. Wir investieren damit über 220 Millionen heute schon für die Prämienverbilligung. Ich denke, das ist ein sehenswerter Betrag. Der Bundesbeitrag dabei liegt bei 79 Millionen, den Rest bezahlt der Kanton.

Dieser Vorstoss, der heute vorliegt, will das System ziemlich umkrempeln, von den heutigen Haushaltskategorien hin zu einem proportionalen Prozentsatz, diese 10 Prozent. Wir haben am heute Haushaltskategorie, die mehr Prämienverbilligung bekommen als 10 Prozent. Aber ja, es gibt auch ganz viele Haushalte in Basel-Stadt, die mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Prämienrechnungen verwenden müssen. Aber um dies vor Augen zu führen: Diese 10



Prozent bedeuten, je nach Ausgestaltung, dass wir bei vierköpfigen Familien bis zu einem massgebenden Einkommen von 200'000 Franken subventionieren und Prämienverbilligung zahlen. Wenn dann noch ein Kind über 18 Jahre ist und in Erstausbildung, dann reden wir von 240'000 Franken. Also wir gehen dann sehr weit bei der Unterstützung mit Prämienverbilligungen.

Dieser Vorstoss ist teuer, je nach Ausgestaltung sogar sehr teuer. Wir werden dann die Zahlen, wie teuer das ist, vorlegen bei der Zweitüberweisung. Der Rückschluss vom kantonalen Stimmverhalten auf eine kantonale Vorlage geht natürlich auch nicht eins zu eins, weil diese Vorlage kommt uns als Kanton drei Mal so teuer für die gleichen Leistungen wie die Bundesvorlage, über die wir bereits abgestimmt haben. Denn bei der Bundesvorlage hätte der Bund zwei Drittel der Kosten übernommen, und bei dieser Vorlage müsste selbstverständlich der Kanton 100 Prozent dieser Mehrkosten tragen. Also das Preisschild ist drei Mal höher im Vergleich zur Bundesvorlage.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, uns diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wie bei der Motionärin Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Herzlichen Dank für die Diskussion zu dieser Motion, die ich im Sommer im Nachgang an die nationale Abstimmung eingereicht habe. Selbstverständlich ist mir auch nicht entgangen, dass die Initiative damals abgelehnt wurde von einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung und dennoch habe ich es auch als Auftrag aufgefasst, dass das Abstimmungsverhalten im Kanton Basel-Stadt sehr eindeutig war und das Bedürfnis nach mehr Prämientlastung sehr deutlich war.

Vielleicht gerade an dieser Stelle auch dieses Argument, dass wir ein sehr ausgeprägtes System, ein sehr gutes System haben. Dem kann ich in Teilen zustimmen. Tatsächlich ist es so, dass die Prämie jeweils angepasst wird. Das begrüsse ich auch durchaus, aber im interkantonalen Vergleich ist der Bezieherkreis jetzt nicht so überragend. Es gibt relativ wenige Leute, die davon profitieren, und das haben wir gerade im Vorfeld der Abstimmung auch sehr deutlich gesehen, dass im Kanton Basel-Stadt eben die Prämienlast sehr hoch ist. Und das erklärt eben auch, weshalb sich die Basler:innen diese Initiative gewünscht hätten und das eben auch gebraucht haben.

Denn der Kanton Basel-Stadt nimmt seit vielen Jahren eine Spitzenposition bei den Kosten für die Krankenkassenprämien ein. Die mittlere Prämie für Erwachsene, also die mittlere Prämie über alle Versicherungsmodelle und Franchisestufen hinweg, liegt in Basel im aktuellen Jahr monatlich bei 551 Franken. Das sind rund 125 Franken mehr pro Monat als die mittlere Prämie im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Auf das Jahr hochgerechnet heisst das, dass die Menschen in Basel-Stadt fast 1'500 Franken mehr ausgeben für die Gesundheitskosten, für die Krankenkassenprämien, und diese Kosten steigen und damit eben auch die Sorgen.

Als ich die Motion im Sommer eingereicht habe sind dann auch sehr viele Menschen auf mich zugekommen und haben mir erzählt, wie enttäuscht sie waren vom Abstimmungsergebnis auf nationaler Ebene und wie sehr sie hoffen, dass wir nun in Basel eine Lösung für ihre Sorgen finden. Denn für junge Familien mit zwei Kindern fallen im Kanton Basel-Stadt mit der doppelten Durchschnittsprämie und zweimal den Prämien für die Kinder monatlich Kosten von 1'658 Franken an. Das ist für viele Haushalte so viel, dass aufgrund der Prämie beispielsweise Geld für den Schulausflug oder Geburtstagsgeschenke einfach fehlt. Und diese hohe Belastung ist eine sehr grosse Sorge für die Menschen.

Immer mehr Menschen wählen deshalb, und das nicht nur in Basel, die tiefste Prämie, um Kosten zu sparen und sie verzichten dann eben auch auf den nötigen Besuch bei der Ärztin, da sie die Kosten schlicht nicht tragen können aufgrund des hohen Selbstbehaltes. In der Sotomoufrage vom letzten Frühling haben fast 20 Prozent der Bevölkerung angegeben, im letzten Jahr aus finanziellen Gründen auf einen Besuch bei der Ärztin verzichtet zu haben. Diese Entwicklung führt zu einer Zweiklassenmedizin, bei der sich finanziell gut situierte Menschen eine hohe Krankenkassenprämie und damit auch regelmässige Besuche beim Arzt, bei der Ärztin leisten können, während bei Menschen mit geringen finanziellen Mitteln das Geld für die Gesundheitsversorgung fehlt. In unserer reichen Schweiz und insbesondere in Basel, das grundsätzlich über solide Finanzen verfügt und wo wir eine gute Gesundheitsversorgung haben, sollten doch alle Menschen Zugang haben.

Und vielleicht noch einen Hinweis auf das Argument, das von der GLP angeführt würde. Selbstverständlich finde ich die Kopfprämie ein Problem und selbstverständlich wäre es sinnvoll, da etwas zu ändern. Aber wie auch bereits ausgeführt wurde, haben wir dieses System so verankert und müssen wir damit arbeiten, was wir jetzt haben. Und das ist, dass wir bei der Prämientlastung ansetzen können, dass wir da schauen können, dass eben nicht 17 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommen für die Krankenversicherung aufgewendet werden müssen, sondern dass wir da eben darunter kommen. Und die 10 Prozent waren eben auch historisch. Damals hat der Bundesrat festgehalten, dass man nicht über 8 Prozent kommen soll. Wir sind heute mit 17 Prozent weit davon entfernt.

Ich bitte Sie deshalb, dass Sie heute dieser Motion zustimmen, dass wir diese ein erstes Mal überweisen können. Selbstverständlich, wenn sich herausstellen sollte, dass die Kosten sehr hoch sein sollten, dass es eine alternative



Möglichkeit gibt, die dann vielleicht nicht ganz bei 10 Prozent ist, aber die den Menschen hier im Kanton hilft, dann bin bereit, dafür Hand zu bieten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie dürfen noch eine Zwischenfrage beantworten, wenn Sie möchten.

Lydia Isler-Christ (LDP): Aus Erfahrung weiss ich, dass es doch einige gibt, die Prämienverbilligung erhalten und sich dafür eine Zusatzversicherung leisten können, zumindest im ambulanten Bereich sehe ich das. Wie kann man das verhindern?

Melanie Eberhard (SP): Konkret kenne ich jetzt diesen Fall nicht. Ich kenne eher die Leute, die sich eben ihren Schulausflug nicht mehr leisten können aufgrund der hohen Prämien. Aber ich bin sicher, dass wir das bei einer Zweitüberweisung mit den weiteren Argumenten klären können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005001, 20.11.24 15:58:28]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 49 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

64. Motion 4 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen

[20.11.24 15:58:43, 24.5280.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist wiederum nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gibt es Wortmeldungen? Zuerst hat das Wort Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Es ist eine aus unserer Sicht gut gemeinte, aber unnötige Motion. Es gibt schon genügend Leit- und Richtlinien im Zusammenhang mit der Klimaveränderung und derer Strategie, an die sich die Ämter und Firmen halten müssen in der Planung. Ich würde mal behaupten, wo es möglich ist und sinnvoll erscheint, wird für die Begrünung schon geschaut und man versucht, den Platz zu ermöglichen, wo es wirklich Sinn macht.

Die Menge an Leitungen, die unter den Strassenbelägen liegen, sind nicht zu unterschätzen und es braucht daher immer ein Abwägen, was nun Priorität hat. Eine planerische, schwierige, teure und nicht einfache Aufgabe. Man muss auch immer sehen, was unter dem Boden liegen muss, muss irgendwann wieder erneuert werden. Also man reisst die Strassen periodisch wieder auf. Und das führt natürlich auch wieder zu Kosten noch zu Risiken für Bäume, die dann zu nahe stehen.



Wir leben nun mal nicht im Wald, sondern in einer dicht bebauten Stadt mit all ihrer Infrastruktur, die wir brauchen, die wir schätzen und die wir im Grossen Rat ja auch teilweise so bestellt haben. Machen wir es den Planern nicht noch schwieriger und noch aufwendiger mit dieser Motion. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Als ich die Motion von Brigitte Kühne las, musste ich sofort an die Bruderholzstrasse denken, an der ich selbst einige Jahre gewohnt habe und die vor einigen Jahren von Grund auf zwischen dem Tellplatz, entlang des Gundeldinger Feldes erneuert wurde. Nach langer Umbauphase sieht die Strasse fast genau so aus wie vor dieser Sanierung. Ausser dass sämtliche Autoparkplätze aus der Strasse verbannt wurden, beherrscht nun Verkehr das Bild so weit das Auge reicht. Man könnte meinen, wir hätten hier im Rat noch nie etwas über die Verbesserung des Stadtklimas gehört, geschweige denn über dessen Verbesserung. Ich habe mir nach diesem Anblick schon fast die Autos wieder zurück gewünscht, die wenigstens etwas Abwechslung in die ganze vorherrschende Einöde zurückgebracht hätten. Nun aber wollte ich wissen, wie Christine Keller für ihre Interpellation heute Morgen eben auch ausgeführt hatte, weshalb man hier wirklich nichts, aber auch gar nicht zur Verbesserung des Stadtklimas gemacht hat. Wir haben uns in der Sachgruppe Umwelt und Energie der Grünen mal den Leitungskatasterplan von Basel-Stadt und im Speziellen der Bruderholzstrasse angeschaut und siehe da, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Strassenseite lagen überall Leitungen, genau so wie eh und je, die scheinbar jegliche Pflanzung und Entsiegelung verhinderten.

Am Beispiel dieser Strasse muss, muss man nachträglich feststellen, wäre aber vielmehr möglich gewesen, hätte man die von dieser Motion geforderten Werkleitungsumlegungen realisiert. Ja, sie hätten sehr wahrscheinlich mehr gekostet. Ja sie hätten mehr Koordination und Planung gefordert. Für das Klima, das sich leider in den vergangenen Jahren geändert hat, und die Lebensqualität der hier ansässigen Bevölkerung hätten sich diese Mehrkosten aber allemal ausbezahlt.

Fussend auf dieser Erfahrung muss sich Brigitte Kühne zugestehen, dass sie mit ihrer Motion eine wichtige und entscheidende Frage stellt und den Finger auf die richtige Wunde legt. Wollen wir weiterfahren, ökonomische Gesichtspunkte über alles zu stellen oder endlich beginnen, Klima taugliche Lösungen als ein Mittel zu sehen, das jetzt vielleicht zu Mehrausgaben führt, aber in der Zukunft betrachtet weitaus nachhaltiger ist und für die Gesundheit der Bevölkerung, für die Biodiversität und die Lebensqualität eines Ortes einen unschätzbaren Mehrwert bringt und zusätzlich auch zu Einsparung bei den Gesundheitskosten, Klimafolgeschäden usw. führen wird?

Diese Motion fordert die Regierung auf, genau diese Überlegung vermehrt in die Planungen einzubeziehen und Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenreduktion mehr Gewicht zu geben. Ich und das GAB bitten Sie daher, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Nach dem Votum von Béla Bartha erübrigt sich das meine beinahe, ich stimme ihm natürlich vollkommen zu und auch ich habe natürlich an die Interpellationsantwort von heute Morgen gedacht betreffend das Geviert Wettsteinallee/Grenzacherstrasse, wo eben genau diese Chance verpasst wurde, die Chance, wie immer wieder gesagt wird, immer wiederholt wird, dass man bei Fernwärmeausbau bei jeder Baustelle sie nutzen wolle für eine Begrünung. Und da wurde es eben nicht getan und an vielen anderen Stellen leider auch nicht.

Und es ist sicher nicht immer so, dass man das nicht noch nachholen konnte. So weit aber das wirklich nicht möglich ist, bietet diese Motion jetzt wirklich eine Lösung an, sie sagt, wo auch immer möglich sollen Werkleitungen gebündelt werden, eben nicht immer wieder eine einzelne, so dass dann wirklich Platz geschaffen wird, um einen Baum zu pflanzen.

Und da es offensichtlich bis jetzt noch zu wenig gelungen ist, dem wirklich nachzuleben, finde ich es sehr wichtig, dass diese Motion überwiesen wird, damit wirklich mehr Grünflächen bei jeder nur möglichen Gelegenheit geschaffen werden können und es nicht bei einem Konzept bleibt. Und Nein, das Geld darf da am Schluss nicht der ausschlaggebende Faktor sein, die Klimafolgeschäden sind sonst viel höher.

Also ich danke, wenn Sie diese Motion von Brigitte Kühne überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.



Daniel Seiler (FDP): Haben Sie gesehen, dass da, wo Sie einen Baum pflanzen wollten in der Grenzacherstrasse, jetzt ein Bushaltestellenhäuschen steht?

Christine Keller (SP): Ich wollte dort nicht unbedingt einen Baum pflanzen, ich wollte einfach eine Rabatte haben, die sicher auch neben der Haltestelle Platz gehabt hätte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Mehr Bäume tun dem Klima gut, sie spenden bei Hitze Schatten und sind auch sonst wertvoll für Flora und Fauna. Jährlich nimmt der Baumbestand zu, was deutlich aufzeigt, dass man in Basel dies eh bereits wissen und danach handeln.

Nur gibt es halt eben auch weitere Ansprüche in einer dicht besiedelten Stadt wie Basel, welche aufgrund der Zuwanderung immer dichter besiedelt werden muss. Sie erwähnen die verschiedenen Werkleitungsbetriebe, welche für die Versorgung der Bevölkerung einen wichtigen Beitrag leisten. Genau diese Betriebe sitzen jährlich an diversen Sitzungen zusammen, um das zu gewährleisten. Dabei ist, und das erwähnen Sie auch, die Wirtschaftlichkeit ein wichtiges Thema, aber nicht das einzige. Wer im Kanton soll denn die noch höheren Kosten für Strom, Fernwärme, Wasser und ÖV bezahlen, wenn diese, sollte die Wirtschaftlichkeit, so wie Sie sie verlangen, kein Thema mehr sein und damit viel teurer werden? Und wie ist es weiter logisch und selbst für Laien erkennbar, dass unterirdische und oberirdische Werkleitungen natürlich in Konkurrenz zu anderem wie auch Bäumen bestehen? Die Werkleitungen müssen teilweise auch aus Sicherheitsgründen Mindestabstände einhalten, dürfen somit gar nicht miteinander verlegt werden. Es geht dabei auch darum, dass bei einem Defekt, einem Wasserrohrbruch, Gasleitungsundichte oder Elektrobrand nicht gleich alle Leitungen Schaden nehmen.

Sie sehen, wenn man das grosse Ganze sieht und nicht nur ideologisch das Eine, dann kommt man auf gute, intelligente Lösungen, welche für alle tragbar sind, selbst auch für mehr Bäume. Auch ich würde als Beispiel in der Freien Strasse gerne Bäume sehen. Ja es ärgert mich, dass es keine hat. Liebe Unterzeichnende der GLP, Ihre Regierungsrätin Esther Keller kann Ihnen sicher erklären, weshalb man dies nicht tun konnte oder wollte. Hier wäre ich für Vorstösse durchaus offen, aber nicht einmal mehr für unverhältnismässige wie diese. Werkleitungen müssen nun mal im öffentlichen Raum eingebaut werden. Wir alle sind abhängig davon. Die Stadt ist voll davon.

Nochmals, in der Stadt Basel wie auch in Riehen werden jährlich zusätzliche Bäume gepflanzt, einfach dort, wo ist es sinnvoll und möglich ist. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen und wenn Sie weitere Antworten dazu wollen, dann reichen Sie doch bitte dazu einen Anzug ein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat lehnt diese Motion insbesondere auch aus formellen Gründen ab. Es kommt wirklich immer häufiger vor, dass bei Motionen kürzere Fristen gesetzt werden. Ursprünglich hatte eine Motion vier Jahre Zeit zur Erfüllung, und immer häufiger treffen wir dann zwei Jahre oder gar ein Jahr an. Das scheint uns wirklich auch gerade bei Fragestellungen von dieser Dimension wirklich zu kurz.

Inhaltlich beschäftigen wir uns natürlich selbstverständlich bereits mit dieser Fragestellung und das ganz konkret bei jeder Strasse beim Fernwärmeausbau. Und dies können wir üblicherweise auch über die Rahmenausgabenbewilligung finanzieren. Sie haben die Interpellation von heute Morgen angesprochen, Christine Keller. Wir müssen hier korrekt sein. Wir hatten heute Vormittag zwei Interpellationen. Eine hat sich beklagt, dass wir zu wenig gemacht hat und eine hat sich beklagt, dass wir zu viel gemacht haben, und beides im Wettsteinquartier. Ich glaube, das zeigt, dass die Vorstellungen auch noch immer ziemlich weit auseinandergehen, aber wir sind dran. Ich kann Ihnen sagen, dass wir heute im Vergleich noch zu vor wenigen Jahren doppelt so viel Flächen entsiegeln im Rahmen des Fernwärmeausbaus, wie das früher bei solchen Strassenunterhaltmassnahmen üblich war. Also es läuft wirklich einigiges.

Wenn es etwas mehr an Geld braucht, sind wir auch bereit, das einzusetzen und das ist mit ein Grund oder eine Formulierung, über die wir auch in der Motion gestolpert sind. Das ist der Begriff kostenintensiv. Es hat eine Grenze, wo wir sagen, jetzt ist es wirklich nicht mehr sinnvoll, in einer Strasse Leitungen zu bündeln -das übrigens nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Gründen. Wenn wir beliebig Leitungen, die noch gut in Schuss sind und noch lange liegen könnten, rausreissen und ersetzen, dann ist das CO₂ intensiv und dann steht das unserem CO₂-Ziel im Kanton entgegen. Deshalb machen wir diese Güterabwägung. Wir machen die heute schon und in grösseren Fällen, namentlich auch in grösseren Projekten kommen diese sowieso hier zu Ihnen in das Parlament. Wenn wir einen



Leitungstunnel planen, dann können wir das ohnehin nur mit Ihrer Zustimmung tun, weil das etwas Teures ist. Und deshalb bittet sie der Regierungsrat, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Motionärin Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Bei dieser Motion geht es für einmal nicht darum, mehr Bäume oder mit Prozentzahlen mehr Grünflächen zu fordern. Hier geht es darum, das Problem an der Wurzel zu packen, jetzt mal real und nicht als Metapher wie vorhin bei der Motion betreffend das Maximalalter beim Anspruch auf Ausbildungszulagen. Ja im wahrsten Sinne des Wortes, den Wurzeln von Bäumen mehr Platz zu geben, damit sie überhaupt gross, kräftig alt, somit Schatten spendend und Biodiversität fördernd werden können. In Landschaftsarchitektenkreisen wird darüber diskutiert, ob es nicht einfach besser respektive möglich sei, Bäume über Leitungen zu pflanzen, quasi Bäume auf Zeit. Dies erachte ich als eine Möglichkeit, aber sie ist eben weniger nachhaltig, als von Anfang an bei jeder Umgestaltung den Wurzelraum mitzudenken.

In der Antwort zu meiner schriftlichen Anfrage vom Dezember 2023 antwortet der Regierungsrat. «Das Umlegen von bestehenden Werkleitungen zugunsten von neuen Baumstandorten ist seit Jahren eine gängige Praxis in den Bauprojekten. Für die Projektierung von neuen Baumstandorten gelten zwei Planungsinstrumente als wesentliche Grundlage für die involvierten Planer. Dies ist zum einen das Leitbild Strassenbäume im öffentlichen Raum und zum anderen das relativ neue, 2021 verabschiedete Stadtklimakonzept.» Ja, warum hatten wir in der UVEK denn in den letzten bald vier Jahren keinen einzigen Ratschlag, in dem stand, dass es bei dieser Umgestaltung die Möglichkeit gäbe, für X Franken die Leitungen zu bündeln und es somit Platz für X neue Bäume gäbe?

Mit meinem Vorstoss sollen planungsrechtliche Grundsätze für die Nutzung des Untergrunds festgelegt werden, Werkumleitungen geprüft und dies dann auch im Ratschlag explizit erwähnt werden, insbesondere für wichtige Orte in unserer Stadt, zum Beispiel bei der Transformation des Aeschenplatzes. Bei einem Eingangstor zu unserer Innenstadt ist das eine wichtige Frage, die es zu klären gilt. Und genau bei der wir als Politiker und Politikerinnen entscheiden sollen, ob Geld gesprochen werden soll oder eben auch nicht.

Lieber Gewerbeverband, ihr versteht meine Motion nicht korrekt. Es geht hier nicht um eine pauschale Priorisierung von Baumpflanzungen. Auch torpediert der Vorstoss nicht eine kosteneffiziente Planung respektive technische und sicherheitstechnische Anforderungen. Auch führt diese Motion nicht zu längeren Projektlaufzeiten und -verzögerungen. Wenn Wurzelraum von Anfang an mitgedacht wird, dann ist er in der Planung drin und das ist schliesslich essentiell.

Ja, Regierungsrätin Esther Keller hat es erwähnt, es mag ein Fehler sein, die Bearbeitung der Motion in einem Jahr zu fordern, aber aus Fehlern lernt man. Sehr geehrter Regierungsrat, eine Fristverlängerung ist kein Problem. Es sind viele Vorstösse zum Thema Begrünung hängig, zum Beispiel der Vorstoss Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Begrünung der Innenstadt, der nota bene vier Mal stehengelassen wurde, in dessen letzter Beantwortung des Regierungsrates vom 26. April 2023 steht: «Entsprechend setzt sich die Verwaltung intensiv mit dem Thema von mehr Grün im öffentlichen Raum auseinander.»

Ja aber, nicht alle Abteilungen in der Verwaltung nehmen dies gleich ernst. Dies zeigt sich in Formaten wie in den Dialogtagen 2023. Da wurde intensiv darüber diskutiert, wie wir eine grünere Stadt erreichen können. Diverse Departemente und Abteilung der Verwaltung waren da vertreten und haben sich engagiert eingebracht. Fachpersonen aus dem Tiefbauamt fehlten, für mich symptomatisch.

Zusammengefasst, aus meiner fachpolitischen Sicht ist diese Motion ein wichtiges Zahnrad im ganzen Mecano für mehr Bäume im genutzten dichten Stadtraum. Dieses Zahnrad fehlte bis jetzt noch. Überweisen wir also diese Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005003, 20.11.24 16:17:33]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Motion wird überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

65. Motion 5 Roger Stalder betreffend Anwohnerparkkarte: Stopp der massiven Gebührenerhöhung!

[20.11.24 16:17:46, 24.5301.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Zuerst hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich unterstütze die Motion ausdrücklich und möchte betonen, dass auch meine Fraktion hinter diesem Anliegen steht.

Die aktuelle Verkehrspolitik belastet Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, zunehmend. Besonders Familien mit mehreren Kindern und Personen mit eingeschränkter Mobilität haben oft keine Alternative. Für sie ist das Auto nicht nur praktisch, sondern auch eine finanzielle Notwendigkeit. Der öffentliche Verkehr ist gerade für Familien häufig sehr teuer und umständlich. Gleichzeitig sind die Strukturen oft zu unflexibel. Eltern, die ihre Kinder ins Training, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten bringen müssen, stossen mit dem ÖV an Grenzen. Auch für Menschen mit Behinderungen, die nicht auf jeder Strecke barrierefreie Angebote finden, bleibt das Auto unverzichtbar.

Gleichzeitig wird die Infrastruktur für Autofahrende immer weiter eingeschränkt. In vielen Quartieren gibt es nicht genügend Parkplätze, obwohl die Anwohner:innen dafür teure Parkkarten kaufen müssen. Mit der geplanten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern wird dieser Druck noch weiter erhöht. Dabei wird oft argumentiert, dass Parkplätze Flächen der Allgemeinheit entziehen. Ein Argument, das ich nur gelten lasse, wenn diese Flächen sinnvoll genutzt werden. Ein Beispiel: Die Adlerstrasse wurde vollständig von Parkplätzen befreit. Stattdessen wurden zwei Velostreifen markiert. Doch diese werden kaum genutzt, weil Velofahrende andere, sinnvollere Routen bevorzugen, zum Beispiel durch die Sissacherstrasse. Eine Begrünung oder eine echte Aufwertung des öffentlichen Raums – Fehlanzeige. Stattdessen hat die Strasse nun den Charakter einer Rennstrecke, da die parkenden Autos als natürliche Geschwindigkeitsbremse fehlen.

Darüber hinaus möchte ich auch auf eine Ungleichbehandlung hinweisen: Während Autofahrer zunehmend zahlen müssen, gibt es viele andere Fahrzeuge, die ebenfalls Bodenflächen beanspruchen, ohne dafür etwas zu bezahlen. Das betrifft nicht nur die viel zitierten Kistenvelos, die teilweise ungenutzt in der Altstadt herumstehen, sondern auch riesige Veloflächen, die zentrale Plätze blockieren. Ein gutes Beispiel ist der Veloteppich vor dem Elsässertor war beim Bahnhof. Diese Fläche könnte auch für andere Nutzungen zur Verfügung stehen, bleibt jedoch exklusiv für Velos reserviert ohne Gebühren oder Beiträge. Ich habe auch überhaupt nichts gegen Velos, aber wenn Sie immer das Argument mit der Fläche, die gebraucht wird, bringen, finde ich, muss man das auch fair beurteilen und auch die andere Seite sehen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, weiter belastet werden, während für andere Verkehrsteilnehmende keinerlei Kosten entstehen. Eine faire Verkehrspolitik muss alle Verkehrsteilnehmenden gleich behandeln und echte Alternativen schaffen, statt einseitige Belastungen zu fördern. Ich bitte Sie daher auch im Namen meiner Fraktion, der LDP, diese Motion zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Oliver Thommen hat das Wort.

Oliver Thommen (GAB): Ihnen ist schon bewusst, dass beim Elsässertor jahrelang ein grosser Veloparkplatz war, der dann einfach entfernt wurde. Irgendwo müssen die Velos ja stehen.



Michael Hug (LDP): Das ist mir schon bewusst, mein Punkt ist auch nicht, gegen Velos zu argumentieren, sondern das Argument, dass Flächen besser genutzt werden könnten, nicht nur bei Autos anzuwenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle möchte ich eine Klasse des Foyers Bildung und Beruf auf der Tribüne begrüssen. Vielen Dank für den Besuch und ich wünsche spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Erlauben Sie mir kurz einen Blick nach Biel zu werfen. In Biel wurde diesen Sommer eine Initiative lanciert, die in Parkhäusern für die erste Stunde Gratisparkieren fordert, begründet mit der Steigerung der Attraktivität der Stadt bezüglich Erreichbarkeit für Besuch und für das Gewerbe. Ich weiss, der Zeitgeist in unserer Stadt lässt so etwas im Moment nicht zu. Das Gegenteil ist der Fall. Täglicher Parkplatzabbau, wir können ihn kaum zählen, laufende Tempo- oder heute Morgen wieder Spurreduktionen und laufende Verteuerung für die Autofahrer.

Bei den Anwohnerparkkartenpreiserhöhung geht es unter anderem auch um die Bestrafung von Familien. Der Volkswagen Passat – jeder von Ihnen kennt ihn hoffentlich, er ist die Familienlimousine und ihn gibt es auch als Kombi – wird heute in Basel-Stadt so verteufelt, dass er in die dritte Kategorie kommt, die teuerste Kategorie für Anwohnerparkkarten ab 2027. Wenn Sie jetzt diese Motion ablehnen, kostet für ein Auto die Parkkarte drei Mal so viel. Vor ein paar Wochen haben wir für den VW Passat, auch da wird er in eine höhere Kategorie gehören, die SUV-Steuer verabschiedet. Wir gehen hier von einer Vermehrfachung von diesen Kosten aus für das Autofahren.

Vorhin haben wir über Familien gesprochen, wie wir diese unterstützen müssen. Finden Sie es sozialpolitisches okay, wenn Sie jetzt hier die autofahrende Bevölkerung, die auf das Fahrzeug angewiesen ist, nicht unterstützen? Ich habe vorher Zeit gehabt, Prime News zu lesen. Ich mache gerne ein bisschen Werbung. Der TCS, meine Freunde, haben heute eine Petition zum gleichen Thema eingereicht. Da wird zitiert, dass bei der Einkommensklasse unter 4'000 Franken jeder vierte ein Auto fährt. Wenn wir das mit unserer Prämiendiskussion vergleichen, die wir vorhin geführt haben, müssen wir uns wirklich die Frage stellen, ob das wirklich sozialverträglich ist.

Ich bitte Sie wirklich in Zukunft, wenn es um die Verkehrspolitik geht, auch ein bisschen mehr Gemeinsinn zu zeigen und appelliere daher an die Vernunft. Stoppen Sie bitte diese massive Mehrbelastung für Familien.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raphael Furrer hat das Wort.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe drei wesentliche Punkte, warum ich mit Rückendeckung des GAB hier als Einzelsprecher diese Motion bekämpfen und für eine Nichtüberweisung plädieren darf.

Aber vorweg möchte ich auf zwei Sachen eingehen, die schon genannt wurden. Das Beispiel Biel, wo man Einstellhallen attraktiver machen möchte. Bei uns sind ja auch ganz viele Einstellhallen nur halb oder noch weniger gefüllt und der Grund ist eben, weil die Parkplätze auf öffentlichem Grund so billig sind und die Konkurrenz so hoch ist, dass die Leute eben lieber dort parkieren statt in der Einstellhalle.

Und zum zweiten Punkt, den Michael Hug angesprochen hat mit der Kostenwahrheit, warum die Cargovelos und die Velos überhaupt generell nichts zahlen: Also die Diskussion über Kostenwahrheit können wir sehr gerne führen. Bundesrat Albert Rösti hat ja versucht, gewisse Zahlen nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Das sind über 10 Milliarden, die der MIV uns alle jedes Jahr kostet. Krankenkassenprämien, Lernaufgaben im Zusammenhang mit den Immobilien, wo der Preis dann sinkt und so weiter. Diese Kostenrechnung können wir sehr gerne führen, dazu sind wir sicher gerne bereit.

Jetzt aber zu meinen drei Punkten. Punkt 1: Wenn wir schauen, wie wir die Gebühren erheben, erfasst das Strom, Energie. Wer einen Pool hat zum Beispiel und jede Woche das Wasser wechselt, zahlt einfach mehr Abwassergebühr als ein Singlehaushalt, wo ab und zu mal geduscht wird und etwas abgewaschen wird. Und das ist auch fair und das finden wir auch richtig. Wer im Winter mit dem T-Shirt seine Wohnung auf 28 Grad hoch heizt, der oder sie wird dann am Ende Saison auch mehr bezahlen dafür. Wer Abfallsäcke en masse braucht, weil halt viel Abfall anfällt, wird auch mehr bezahlen als jemand, der oder die versucht Abfall zu vermeiden. Es geht hier immer um begrenzte Ressourcen. Die Ressource Raum ist auch begrenzt. Warum sollen wir dort nicht auch mit so einem Prinzip arbeiten? Wer mehr Raum braucht, bezahlt mehr. Bei den Boulevard-Restaurants ist das auch so, ein Stuhl aussen kostet weniger als 100 Stühle.

Punkt 2, die soziale Gerechtigkeit, die Familien, die jetzt auch wieder angeführt wurden. Ich bin aufgewachsen mit einer alleinerziehenden Mutter mit sehr wenig Geld und es ist für meine Mutter gar nicht in Frage gekommen, an ein Auto zu



denken. Immer wieder kommt dieses Argument von bürgerlicher Seite, aber wo war dieses Argument beim Corona-Bonus, beim Gesetz über kantonale Familienergänzungsleistungen, jetzt gerade vorhin bei der Erhöhung der Sozialhilfe aufgrund von Teuerung und so weiter. Dort sind Sie dann plötzlich wieder auf der Nein-Seite. Und dazu noch eine Grafik. Daniel Seiler hat das angesprochen. Wie viele Autos gibt es in Basler Haushalten. Das sind die blauen Balken. Je nach Einkommenskategorie. In Basel sind es 0,11, das heisst also, 9 von 10 Haushalten haben kein Auto mit einem Haushaltseinkommen unter 4'000 und bei über 12'000 sind es dann sogar eben nicht nur ein Auto sondern 1,3 Autos pro Haushalt. Also es ist ganz eindeutig, dass je reicher der Haushalt umso mehr sind Autos da und umso mehr würden dann auch diese Gebühren bei diesen Leuten einschenken. Das finde ich fair.

Und der dritte Punkt: Wir haben im Umweltschutzgesetz als Grosser Rat vor drei oder vier Jahren die Verursachendengerechtigkeit und die Kostenwahrheit ins Gesetz geschrieben. Jetzt hat die Regierung das umgesetzt und jetzt machen wir als Grosser Rat eine Motion und verlangen vom Regierungsrat, dass er genau das Gegenteil des Gesetzes machen soll. Also dann können wir jetzt nach Hause gehen, wenn unsere Erwartungshaltung diejenige ist, dass der Regierungsrat sich nicht ans Gesetz hält und genau das Gegenteil macht. Also ist das wirklich euer Ernst, FDP, LDP und SVP, dass man so Politik macht? Dass man etwas ins Gesetz schreibt, dann wird es umgesetzt und dann macht man eine Motion dagegen. Das können wir vom GAB überhaupt nicht verstehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Ich dachte immer, hier geht es nur um Allmendgebühren, da geht es nur um Flächen. Sie kommen mit Umweltbelastung. Das sind zwei verschiedene Sachen.

Raphael Fuhrer (GAB): Nein, das Prinzip ist, dass der Raum eine begrenzte Ressource ist, genauso wie Energie, Strom, Wasser, Und wer mehr Ressourcen verbraucht, bezahlt mir, wer spart, zahlt weniger. Das ist ein allgemeines Prinzip, das logisch ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lukas Bollack hat das Wort.

Lukas Bollack (GLP): Die letzte Verkehrsstatistik hat es wieder gezeigt, die Autos werden jedes Jahr grösser. Damit haben auch immer weniger Autos in der blauen Zone Platz. Die wird aber nicht grösser, im Gegenteil, sie muss sich zunehmend gegen andere Ansprüche behaupten. Die Bevölkerung wünscht sich mehr Bäume, mehr Velowege, mehr Grünflächen. Und wenn das Gewerbe für einen Kundentermin einen Parkplatz sucht, ist alles vorgestellt mit privaten Fahrzeugen. Oft wird gesagt, auf privaten Flächen gebe es zu wenig Parkmöglichkeiten. Was stimmt ist, dass es in Basel im Vergleich zu anderen Städten weniger Parkplätze auf privaten Flächen gibt im Verhältnis zu den Parkplätzen im öffentlichen Raum. Das liegt zum einen daran, dass wir in Basel keine Erstellungspflicht für Parkplätze bei Bauprojekten kennen. Zum anderen, und diesen Punkt wollen viele nicht gerne einsehen, unsere Parkplätze im öffentlichen Raum waren lange einfach viel zu billig im Vergleich zu privaten Parkplätzen. Wie soll sich jemals der Bau eines Parkhauses amortisieren, wenn der Staat Parkplätze im öffentlichen Raum für weniger weniger als einen Franken am Tag hergibt?

Eine solche Subventionierung des Parkierens von privaten Fahrzeugen im öffentlichen Raum kann nur zu einer Marktverzerrung und damit zu einer Verschwendung dieses Raums führen. Man kann das in jeder Quartierstrasse beobachten. Es gibt viele Fahrzeuge, die offensichtlich nur wenige Male pro Monat oder sogar pro Jahr genutzt werden und den Rest der Zeit wertvollen öffentlichen Raum belegen.

Auch beobachten kann man das in den privaten Parkhäusern und Parkplätzen, die oftmals schlecht ausgelastet sind, während man in der blauen Zone regelmässig kaum mehr einen Platz findet, was insbesondere für das Gewerbe ein Problem darstellt. Es wäre doch viel sinnvoller, wenn wenig genutzte private Fahrzeuge in Zukunft in Parkhäusern abgestellt oder durch Carsharing ersetzt würden.

Es ist deshalb aus Sicht der Grünliberale nur richtig, dass das Parkieren in der Planzone teurer und abhängig von der Grösse des Fahrzeugs wird. So gibt es einen grösseren Anreiz zur Nutzung privater Parkhäuser, zur Schaffung von Parkmöglichkeiten auf privaten Flächen und zur Anschaffung kleinerer Fahrzeuge. Der Markt kann zukünftig besser spielen, der öffentliche Raum wird effizienter genutzt und als Handwerkerin oder Handwerker findet man bei Terminen eher eine Parkmöglichkeit.

Ein weiteres Argument, das gerne angeführt wird, ist, dass die Anpassung der Parkgebühren Familien mit wenig Geld unnötig belastet. Raphael Fuhrer hat vorher gut gezeigt, dass das überhaupt nicht stimmt. Denn Familien mit kleinen Einkommen haben meistens gar kein Auto. Die grösseren Autos werden vor allem von wohlhabenden Personen gefahren.



Wenn wir Sozialpolitik machen wollen, dann gibt es dafür bessere zielgerichtete Mittel als per Giesskannenprinzip günstige Parkplätze im öffentlichen Raum für alle zur Verfügung zu stellen, auch für die, die es finanziell überhaupt nicht nötig haben.

Wir Grünliberalen unterstützen deshalb die Revision der Parkraumbewirtschaftungsverordnung. Sie hilft uns, die Verkehrs- und Klimaziele des Kantons zu erreichen und lässt uns den öffentlichen Raum effizienter nutzen. Wir stimmen deshalb für Abschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ihr Bürgerlichen seid ja manchmal wirklich lustig. Seit Monaten ereifert ihr euch laut und wortreich über den Wohnschutz und versucht auf allen Ebenen zu verhindern, dass es genügend günstigen Wohnraum gibt. Diese Wohnpolitik führe zu einer Blockade und verhindere vieles, sagt ihr. Im Gegensatz zum Wohnen ist aber das Parkieren eines privaten Autos kein Grundbedürfnis aller Menschen. Aber wenn es um den Preis von Parkkarten geht, wollt ihr Rechten sogar eine Extremform von Wohnschutz für Autos. Ihr wollt den Preis für parkiertes Blech einfrieren und das auch noch unabhängig davon, wie gross die Autos sind, ob es ein Mini ist oder ein Hammer-Ungetüm. Egal, alle sollen so lange sie wollen zu Dumpingpreisen im öffentlichen Raum in unserer Stadt rumstehen dürfen.

Der Grund dafür ist natürlich, dass im Fall Wohnen private Investoren von der Preiserhöhung profitieren, beim Fall Parkieren jedoch der Kanton, die Lebensqualität der Menschen oder der Klimaschutz, also keine bürgerlichen Kernanliegen. Das wirklich Absurde an der Argumentation ist aber, dass ihr das als Begründung nun plötzlich glaubt, eure soziale Ader zu entdecken. Meine Vorredner haben es auch schon angesprochen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kosten, die Familien mit wenig Geld wirklich plagen, das sind nicht die Kosten für die Parkkarten, falls sie überhaupt ein privates Auto haben, auch das haben Raphael Fuhrer und Lukas Bollack ausgeführt. Es braucht nicht jede Familie ein Auto, das stimmt einfach nicht. Ich habe selber drei Kinder, es ging super mit Sharing und Miete in den Ferien überall die Jahre, vielleicht hat es sogar meine Kinder ein bisschen selbstständiger gemacht, weil ich sie eben nicht in das Training oder in die Pfadi fahre, sondern weil sie selbstständig mit dem ÖV, dem Trottinett oder dem Velo dorthin gehen.

Aber noch einmal, jene Familien mit wenig Geld, die wirklich ein Auto brauchen, die gibt es. Und diese Familien leiden in erster Linie unter den explodierenden Krankenkassenprämien und unter steigenden Mieten. Das sind die grossen Posten. Zum Prämiendeckel haben Sie allesamt Nein gesagt gerade vor wenigen Minuten wieder, und den Schutz bezahlbarer Mieten wollen Sie auf allen Ebenen aushöhlen. Es ist einfach unpassend und etwas scheinheilig, es zur sozialen Frage zu machen, wenn die Parkkarten teurer werden.

Aktuell ist der Anreiz viel zu gross, das eigene private Auto auf Kosten der Allgemeinheit im öffentlichen Raum abzustellen, auch zum Beispiel, wenn man sogar eine eigene Garage hätte, diese aber lieber als erweiterten Keller nutzt, weil das Parkieren auf der Strasse so günstig ist. Wir verfolgen in Basel das Ziel, dass möglichst viele Autos künftig auf privatem Grund und in Parkhäusern abgestellt werden, weil wir die Allmend für bessere Dinge gebrauchen können, welche die Lebensqualität der Quartierbewohner:innen verbessern und für Massnahmen, die die Verkehrssicherheit erhöhen. Das entspricht der Parkierungs- und Verkehrspolitik, wie sie in diesem Kanton beschlossen wurde. Demokratie, ihr wisst schon! Der Vorstoss hier ist nur ein Knebel in die Speichen, so dass nicht umgesetzt werden kann, was eine Mehrheit beschlossen hat.

Und noch ein paar Worte zu den höheren Preisen für grössere, respektive längere Autos. Ich kann auch hier gerne noch einmal die Wohnpolitik beziehen als Ergänzung zu meinen Vorrednern: Es ist einfach logisch, dass es mehr kostet, wenn man mehr Platz in Anspruch nimmt. Wenn ich mir eine Dreizimmerwohnung gönne als Einzelperson, dann habe ich auch nicht Anspruch auf den Preis für eine Einzimmerwohnung. Unser Umweltschutzgesetz schreibt vor, dass wir umweltfreundliche Mobilität fördern sollen. Flächeneffizient ist als eines der Kriterien definiert. Lesen Sie es nach im USG Artikel 13. Es ist demnach ein klarer gesetzlicher Auftrag, hier einen bestehenden Fehlanreiz zu beheben und die Erhöhung vorzunehmen. Es werden aktuell im Durchschnitt immer noch grössere Autos gekauft und Nein, der tatsächliche durchschnittliche Platzbedarf pro Mensch in einem Fahrzeug drin ist in dieser Zeit nicht angewachsen. Die SP-Fraktion lehnt entsprechend die vorliegende Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Für wirksamen Klimaschutz ist der konsequente Abbau klimaschädlicher Subventionen absolut alternativlos. Und ich weiss, liebe Bürgerliche, Sie hören das gar nicht gern, aber die aktuellen Dumpingpreise für Parkkarten stellen eine massive Subvention für den Autoverkehr dar. Im Jahr 2017 hat der Regierungsrat in seiner Beantwortung der schriftlichen Anfrage Anita Lachenmeier die wahren Kosten für einen Allmendparkplatz auf 1'040 bis 1'845 Franken geschätzt. Mit der vom Regierungsrat kommunizierten Preiserhöhung für 2025 aber auch für 2027 eliminieren wird die



öffentliche Subventionierung also bei weitem nicht vollständig, sondern wir reduzieren sie nur ein wenig. Auch nach 2027 werden wir das private Parkieren auf der Allmend noch immer mit über 50 Prozent Kostenübernahme öffentlich subventionieren.

Auch fühle ich mich noch genötigt, etwas zum viel genannten Familienargument zu sagen. Ich habe hier nämlich eine andere Lebenserfahrung als das, was uns hier drin die Autolobby mit Krokodilstränen in den Augen erzählt. Ich bin nämlich in einer Familie aufgewachsen, die schon ein riesiges Auto hatte, lange bevor das cool war. Lieber Kollege Seiler, ein Volkswagen T4, langer Radstand, 11 Sitzplätze, gerade genug Platz für Mama, Papa, Klein Daniel und seine acht Geschwister. Gesamtlänge 5 Meter und 10 cm. Ab kommendem Jahr würde die Parkkarte für dieses Auto in Basel um 228 Franken teurer, ab 2027 456 Franken. Und ja, ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass monatlich 20 bis 40 Franken Mehrkosten viel Geld ist für eine Familie, die knapp dran ist. Ich bin selber in entsprechend sehr einfachen Verhältnissen aufgewachsen.

Aber es steht mir aber auch nicht zu, mich zu beklagen, denn anders als in vielen Familien hat es bei uns immer gereicht zumindest für das Nötigste. Ich kann Ihnen aber auch erklären, weshalb es immer gereicht hat. Das lag nicht daran, dass in Münchenstein der Neunzigerjahre das parkieren von Autos auf der Allmend gratis war, sondern das lag daran, dass mein Vater stets einen fairen Lohn für seine Arbeit in der Chemie bekommen hat, auch wenn er nicht zum Management gehörte. Es lag daran, dass wir das Privileg hatten, in einem Haus leben zu dürfen, das uns von einer nicht gewinnorientierten Institution zu sehr günstiger Kostenmiete vermietet wurde und nie renditesaniert wurde. Es lag daran, dass die Krankenkassenprämien noch bezahlbar waren. In den Neunzigerjahren konnte man ein Kind für 50 Franken im Monat grundversichern.

Und wenn ich jetzt Ihnen zuhöre, dann frage ich mich: wo waren Sie, als wir in dieser Stadt den Mindestlohn beschlossen haben? Sie haben wie eine Wand gegen den Mindestlohn gestimmt. Sie setzen sich konsequent gegen funktionierenden Wohnschutz ein, Sie torpedieren den auf allen Ebenen. Sie haben eben, wir haben es auch schon gehört, gegen die Entlastung der Familien bei der Prämienfrage gestimmt. Wenn Ihnen die Familien wirklich ein Anliegen sind, dann kämpfen Sie zusammen mit der Sozialdemokratie für bezahlbare Wohnungen, für bezahlbare Krankenkassenprämien, für hohe Löhne und hören Sie auch auf, konsequent gegen Familien zu politisieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Mindestens die letzten beiden Redner sind ja sehr stark vom Thema abgewichen und haben jetzt den Wohnschutz und andere Dinge mit dieser konkreten Forderung des Motionärs verwechselt. Ich habe mich ein bisschen im Klassenkampf gefühlt. Sie scheinen bei diesem Thema wirklich sehr emotional zu sein und ich weiss auch nicht, in welcher Realität Lisa Mathys beispielsweise lebt. Menschen aus dem unteren Lohnsegment, mit denen ich spreche, verfügen alle über ein Auto, weil sie zum Beispiel irgendwo arbeiten, wo der ÖV nicht hinfährt, weil er beispielsweise dort nicht ausgebaut ist, das ist meistens dann nicht im Kanton Basel-Stadt, oder weil die Personen in Schicht arbeiten. Diese Menschen haben ein Auto. Das ist vielleicht in der mittleren Grösse oder in der grössten Grösse, weil man zu Hause noch zwei Kinder hat. Und die sind keineswegs gut situiert. Die gehören zu diesen Menschen mit einem kleinen Einkommen in Basel-Stadt. Und diese Gebühren sind ja auch für die kleine Kategorie bereits erhöht worden, nämlich erst gerade vor drei Jahren von 184 auf 284 Franken. Und jetzt soll diese Parkkarte noch einmal teurer werden. Sie soll nämlich auch für die kleine Kategorie auf 380 Franken erhöht werden, und das ist auch eine erhebliche, eine substanzielle Erhöhung und eine erhebliche Mehrbelastung für Familien und für Menschen, die auf dieses Auto angewiesen sind.

Deshalb finde ich diese Vermischung mit Wohnschutz und Krankenkassenprämien nun wirklich nicht fair. Wir können das hier in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnen, weil das am Thema vorbeizieht. Es geht darum, dass wir Menschen haben, die in diesem Kanton auf ein Auto angewiesen sind. Ich will diesen Menschen nicht vorschreiben, was für ein Auto sie zu fahren haben. Es gibt Gründe, weshalb man ein grösseres Auto hat. Das ist nicht, weil man es vielleicht toll findet, sondern weil man es braucht, und diese Menschen, die das brauchen, wollen Sie jetzt quasi noch dazu bringen, ein kleineres Auto zu kaufen. Wenn er das vor zwei Jahren gekauft hat, weiss ich nicht, ob es umweltpolitisch sehr sinnvoll ist, wenn er das Auto jetzt am besten verschrottet, um sich ein kleineres Auto zu kaufen, nur um ihren um Ihrem Bedürfnis nach weniger Parkraum im öffentlichen Raum gerecht zu werden.

Die Antwort ist doch einfach, meine Damen und Herren. Sie haben etwas gegen das Auto, Sie wollen das Auto aus der Stadt verdrängen, Sie hassen das Auto, so kann man es zusammenfassen. Und Sie wollen eine asoziale Parkkartengebührenerhöhung durchboxen, die diejenigen trifft, die in diesem Kanton Steuern bezahlen, die etwas für diesen Kanton leisten, die auch hier Arbeitsplätze teilweise generieren oder aber einen Arbeitsplatz haben, für welchen sie ein Auto benötigen.

Wir erachten das als unfair. Wir erachten das als asozial und deshalb glaube ich, ist es richtig, wenn wir diese massive Gebührenerhöhung rückgängig machen. Sie können das Auto in anderer Art und Weise weiter aus der Stadt verdrängen. Sie



machen das regelmässig, Raphael Fuhrer als UVEK-Präsident an vorderster Front, da brauchen Sie jetzt nicht noch diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, zusätzlich zu schröpfen.

Was Lukas Bollack gesagt hat von der GLP ist ja ein Hohn. Jetzt haben Sie gesagt, man soll dann diese privaten Parkhäuser bauen und unterstützen, denn wenn die Parkgebühren im öffentlichen Raum so günstig sind, würden diese Parkhäuser ja immer leerstehen und überhaupt, man müsste ja das mehr fördern. Also ich habe jetzt noch nie erlebt, dass die GLP ein Parkhausprojekt gefördert oder hier unterstützt hat. Das Gegenteil ist der Fall, Sie und ihre Regierungsmehrheit haben unter anderem ein wichtiges Parking in unmittelbarer Nähe des Kinderspitals unterhalb der Tschudimatte verhindert. Das waren Sie, das waren wir nicht wir. Also bitte hören Sie auf zu behaupten, Sie seien noch für Parkhäuser oder Quartierparkings. Da ist jetzt zumindest die SP und die Grüne Fraktion konsequenter, die sind auch gegen das. Aber sie zumindest behaupten nie etwas anderes. Deshalb bitte ich Sie diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Ich staune erneut, wie faktenresistent Sie sind. Sie haben die statistischen Zahlen eingeblendet gesehen Bestreiten Sie, dass die Krankenkassenprämien und die Mieten einen viel grösseren Anteil an der finanziellen Last einer Familie ausmachen als eine Parkkarte?

Joël Thüring (SVP): Selbstverständlich bestreite ich das nicht, aber das macht das Argument der Erhöhung deshalb nicht richtiger. Es ist eine zusätzliche Belastung, die verhindert werden soll.

Raphael Fuhrer (GAB): Von wegen am Thema vorbeisprechen. Sie haben Menschen erwähnt, die Schicht arbeiten und fleissig sind. In meinen Augen ist das das Gesundheitspersonal, Menschen, die mir sehr am Herzen liegen. Wie haben Sie und Ihre Partei im Fall des Corona-Bonus gestimmt?

Joël Thüring (SVP): Wie gesagt, Sie vermischen jetzt hier wieder Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Es geht hier um eine asoziale Gebührenerhöhung, die lehnen wir ab, Sie unterstützen Sie, das ist das Resümee des Tages.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Die FDP, LDP und SVP hat plötzlich die kleinen Leute entdeckt. Wir haben jetzt vorher schon ganz viele Beispiele gehört, wie scheinheilig das ist. Ich möchte aber nicht nachtragend sein. Wir werden jetzt diese Motion ablehnen. Sie haben dann aber ein bisschen später, vielleicht wird es heute Abend werden, bei meiner Motion die Gelegenheit, den Überschuss dieses Kantons fair an die ganze Bevölkerung zu verteilen. Mit diesem Geld können Sie sich sogar mehrere Parkkarten leisten als Familie. Es ist kein Problem. Also ich gebe Ihnen die Chance, stimmen Sie nachher meiner Motion zu und dann haben Sie das Problem gelöst und bevormunden damit nicht einmal die Menschen. Sie können selber entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, viele Argumente wurden in dieser doch eher emotionalen Debatte schon genannt. Ich möchte deshalb noch auf etwas eingehen, das noch nicht genannt wurde. Sie wissen, dass der Regierungsrat sie darum bittet, die Motion nicht zu überweisen. Unter anderem wird in der Motion ja kritisiert, dass der Regierungsrat diesen Beschluss ohne Mitwirkung des Parlaments getroffen habe. Aber per Gesetz obliegt dem Regierungsrat eben die Festsetzung dieser Gebühren, das liegt tatsächlich in der Kompetenz der Regierung und ich darf Sie auch daran erinnern, dass es einen entsprechenden Vorstoss aus dem Parlament gab, mindestens auch mit der Forderung nach der grössenabhängigen Gestaltung der Parkgebühren. Und dieser Forderung sind wir hier nachgekommen. Auch gibt es, und darauf hat Raphael Fuhrer vorher korrekt hingewiesen, die Bestimmung im Umweltschutzgesetz, die eben die Förderung der Flächeneffizienz fordert. Deshalb glaube ich, hat die Gebührenerhöhung durch die Regierung sehr wohl ihre Legitimation.



Dann vielleicht noch zum Argument der Konkurrenzierung der Quartierparkings: Das ist tatsächlich ein Problem und zwar nicht nur bei den Quartierparkings, die natürlicherweise sehr umstritten waren, weil sie unter Grünflächen liegen. Das war beim Landhof der Fall das ist beim UKBB-Parking der Fall, das ist natürlich auch aus diesen Gründen umstritten. Aber wir sehen auch, dass Investoren zurückhaltend sind, wenn es darum geht, beispielsweise unter neuen Gebäuden grössere Tiefgaragen zu erstellen und da beispielsweise etwa als Quartierparking anzubieten, da eben die Konkurrenz durch die Strasse zu gross ist. Also ich glaube, da lassen wir tatsächlich den Markt zu wenig spielen heute.

Und auch noch etwas, was mir wichtig ist. Es geht heute nicht darum, ob wir Parkplätze abbauen. Das ist keine Parkplatzabbauvorlage, im Gegenteil, das letzte Mal ging die Nachfrage nach Parkplätzen bei der letzten Erhöhung um 10 Prozent zurück. Das bedeutet mehr Platz fürs Gewerbe, mehr Platz für Anwohnende. Also wir erhoffen uns wirklich einen Rückgang dadurch, dass eben auch die Differenz zu anderen Möglichkeiten, das Auto zu parkieren, beispielsweise in Tiefgaragen, kleiner wird.

Wir gleichen uns mit dieser Erhöhung anderen Städten an. Wir sind im Vergleich mit anderen Städten immer noch relativ günstig. Ich denke da an Luzern mit 600 Franken pro Jahr. Und deshalb, aus all diesen Gründen bittet Sie die Regierung, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit halt der Motionär Roger Stalder das Wort.

Roger Stalder (SVP): Vielen Dank für diese Debatte. Vor längerer Zeit haben Sie die noch verweigert, jetzt haben Sie sie geführt, sehr emotional, das fand ich auch sehr gut gefunden. Ich finde natürlich die linke Seite gar nicht gut, weil sie, wie Joël Thüring gesagt hat, natürlich voll an dieser Motion vorbeigeht.

Es ist ganz klar eine Abzocke, was man jetzt da macht. Man hat das erst erhöht und und auf 284 Franken nicht wenig, und jetzt will man diese Erhöhung noch einmal steigern, um 34 Prozent für kleinere, 50 Prozent für mittlere und 160 Prozent für grosse Wagen. Und Ihnen geht es rein nur darum, dass Sie die Auto nicht wollen und deswegen erhöhen Sie die Preise.

Und wir haben gerade noch gehört, dass Sie wollen, dass das Gewerbe da parkieren kann. Frau Regierungsrätin Keller, Sie haben gerade vor Kurzem einem Unternehmer aus Aesch oder aus dem Laufental gesagt, er könne da nicht parkieren, Sie haben ihm die Parkkarte nicht bewilligt. Warum? Sie haben ihm gesagt, das Auto, das er jetzt gekauft hat, das wollen Sie hier in Basel nicht. Das ist ja unglaublich, was Sie da machen. Und so geht es weiter und genau darum geht es Ihnen nämlich. Sie wollen jetzt einfach die Autos weghaben und mit den Preisen probieren Sie das natürlich zu pushen. Das ist ganz klar.

Und trotzdem bitte ich Sie natürlich, die Motion zu überweisen. Es ist auch kein Wahlkampf, es ist ein Fakt. So teuer wird es.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht zur Stellungnahme entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 51 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005007, 20.11.24 16:55:10]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird nicht überwiesen mit 51 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.



66. Motion 6 Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip

[20.11.24 16:55:25, 24.5297.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Da sich niemand gemeldet hat, sind wir schon bei Christine Keller, der Motionärin.

Christine Keller (SP): Wenn ich die Kreuztabelle richtig im Kopf habe, hat ausser der Regierung niemand etwas gegen diese Motion einzuwenden. Ich empfehle sie selbstverständlich aus Überzeugung zur Annahme. Wir haben wirklich auch in anderen Rechtsgebieten immer sehr gute Erfahrungen mit Schlichtungen gemacht und das Öffentlichkeitsprinzip ist ein sehr wichtiges für das Funktionieren der Demokratie. Wir sind überzeugt, dass ein solches Schlichtungsverfahren auch bei Gesuchen um Einsicht sehr hilfreich sein kann, insbesondere auch darum, weil die schlichtende Person Empfehlungen aussprechen kann, das Gespräch suchen kann. Ich habe gehört von einer internen Datenschutzbeauftragten, die dieselbe Funktion wie die Datenschutzbeauftragte im Kanton in einem Betrieb eingenommen hat, dass diese Gespräche immer als sehr hilfreich empfunden werden, und auch in anderen Kantonen hat man sehr gute Erfahrungen gemacht mit dieser Schlichtungsstelle. Darum bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005009, 20.11.24 16:58:00]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme ohne Enthaltung.

67. Motion 7 Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt

[20.11.24 16:58:16, 24.5302.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Das Anliegen ist wohl gut gemeint, aber es ist nicht ausreichend konkretisiert und wichtige Aspekte bleiben unklar. Insbesondere fehlt eine detaillierte Klärung der notwendigen Ressourcen, finanziell und personell, um ein solches Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Auch bleibt unklar, wie die vorgeschlagenen Massnahmen effektiv koordiniert werden sollen, insbesondere zwischen Schulen, Jugendpolizei, KESB und anderen Stellen. Die Integration in bestehende Präventionsprogramme, wie das zur sexualisierten Gewalt, könnte zu einer Überfrachtung und damit zu einer



Verzettelung der Massnahmen führen. Darüber hinaus fehlen klare Indikatoren, anhand derer der Erfolg des Konzepts später evaluiert werden kann.

Schliesslich ist der Fokus auf geschlechterspezifische Ansprechpersonen zwar interessant, doch es bleibt fraglich, ob dies tatsächlich zielführend und praktisch umsetzbar ist, insbesondere bei der hohen Dunkelziffer, die eine umfassende Indikation betroffener Kinder erschwert. Im Namen der SVP-Fraktion danke ich Ihnen deshalb für die Nichtüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Sprecherin hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

Melanie Nussbaumer (SP): Für einmal bin ich ein bisschen einverstanden mit Gianna Hablützel. Ich finde die Motion eigentlich nicht nur perfekt geschrieben, und trotzdem bitten wir Sie als SP-Fraktion, die Motion mindestens einmal zu überweisen, denn wir sehen Potenzial darin, dass hier etwas Gutes daraus gemacht werden kann im Kampf gegen häusliche Gewalt. Und da müssen wir wirklich unbedingt vorwärtskommen. Der Begriff Prävention im Zusammenhang mit den Schulen ist aber in diesem Zusammenhang ein bisschen schwierig, denn der Begriff suggeriert ja eigentlich, dass man an Schulen dementsprechend häusliche Gewalt verhindern könne. Aber das ist natürlich nicht möglich. Also Kinder können nichts tun gegen häusliche Gewalt. Die Verantwortung ist immer bei den gewaltausübenden Personen und das sind immer die Erwachsenen.

Was die Schulen aber tun können, das liegt im Präventionsbereich der Früherkennung und Frühintervention. Prävention an Schulen in diesem Bereich würde also darum gehen, dass Kinder lernen, dass Gewalt nicht okay ist und dass man sich Hilfe holen kann. Damit Kinder in der Schule offen über ihre erlebten Geschehnisse von zu Hause erzählen können, braucht es aber Vertrauen und eine gute Beziehung, und was sehr wichtig ist, die Hilfestellung, wenn dann ein Kind wirklich Hilfe sucht, muss unbedingt gewährleistet sein. Denn der worst case wäre eigentlich, wenn sich ein Kind getraut, von der Gewalterfahrung von zu Hause zu berichten und zu erzählen, und dann aber im Schulkontext nicht richtig darauf reagiert wird. Das kann verheerende Folgen haben. Deshalb ist es eben wichtig, dass allfällige Vertrauenspersonen für Kinder, ob das die Schulsozialarbeit ist oder die Lehrpersonen, geschult sind im Umgang mit Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

So sehen wir in einem ersten wichtigen Schritt vor allem die Sensibilisierung von Lehrpersonen, der Schulleitung und der Schulsozialarbeit. Denn nur so können wir Kinder vor einer längerfristigen Aussetzung von häuslicher Gewalt schützen und nur so können wir so früh wie möglich intervenieren. Damit Lehrpersonen erkennen können, ob ein Kind von häuslicher Gewalt betroffen ist, braucht es Sensibilisierung und Wissen über das Problem sowie eben auch Wissen über Opferverhaltensweisen.

Wir wissen aber auch alle, dass viel Druck im Schulsystem ist, dass Lehrpersonen sich um sehr viel kümmern müssen heutzutage. Wenn es also Programme und Weiterbildungen für Lehrpersonen gibt in diesem Bereich, dann sollte das unbedingt im Sinne einer Entlastung sein und sollte nicht zu noch mehr Belastung führen. Entlastung gibt es natürlich dann, wenn die Lehrpersonen Lehrpersonen Instrumente und Wissen zur Hand bekommen, um in solchen Momenten gut intervenieren zu können und dadurch eben auch persönlich weniger überfordert sind. Ein Kind zu unterstützen, das häusliche Gewalt erlebt, ist nämlich überhaupt nicht einfach und sehr oft überfordernd.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir in der Stellungnahme des Regierungsrates lesen können, wie die Fachpersonen an den Schulen unterstützt werden im Umgang mit traumatisierten, von häuslicher Gewalt verletzten Kindern. Wenn wir damit die Früherkennung und Frühintervention stärken können, dann sind wir wirklich einen Schritt weiter im Kampf gegen häusliche Gewalt, und in diesem Sinne bedanke ich mich bei Beat Braun und den FDP-Männern für die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann sind wir bei Beat Braun. Er darf als Motionär das letzte Votum halten.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich danke Melanie Nussbaumer für das gute Votum. Es gibt fast nichts hinzuzufügen. Es stimmt natürlich, die Prävention ist Freierkennung. Ich glaube, wir reden vom Gleichen. Aber das sind so Details, die man ja noch gehen anpassen kann. Einfach noch eine Bemerkung zum Votum von Gianna Hablützel, die bemängelt, dass die Massnahmen und Kosten unklar sind. Das ist ja logisch. Das ist ja eine erste Überweisung einer Motion, dann schauen wir die Antwort der Regierung an und können sehen, ob das denn auch Sinn macht.

Aber also das Wichtigste ist gesagt. Das Thema häuslich Gewalt darf nicht länger tabuisiert werden und es ist wirklich unsere Pflicht, betroffene Kinder zu schützen und Ihnen eine Zukunft ohne Gewalt zu ermöglichen. Dnd darum glaube ich, dass das ein wichtiges Thema ist an den Schulen. Darum bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung der Motion wurde bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005011, 20.11.24 17:05:15]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 85 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

68. Motion 8 Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze

[20.11.24 17:05:29, 24.5303.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte. Zuerst hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die Motion spricht ein sehr wichtiges Thema an. Das anerkennen wir seitens Regierungsrat selbstverständlich. Wir sind am Übergang von diesen Gewaltfrüherkennungs-, Unterstützungs-, Beratungs-, und Therapieangeboten hin zu den psychotherapeutischen Strukturen und wir stehen voll hinter diesen Strukturen. Wir können auch sagen, dass wir im interkantonalen und erst recht im internationalen Vergleich in Basel-Stadt eine sehr hohe Angebotsdichte haben an psychotherapeutischen Beratungs- und vor allem auch Therapieangeboten und wir wollen auch in Zukunft in dieses Angebot investieren.

Wir haben heute Vormittag die Interpellation von Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in der Krise beantwortet und auch erledigt mit einer schriftlichen Erklärung der Interpellantin. Ich glaube, wir haben dort in einer gewissen Ausführlichkeit dargestellt, wie wir unser Angebotsnetz noch dichter machen wollen. Wir anerkennen, es gibt eine zusätzliche Nachfrage, es gibt einen zusätzlichen Bedarf insbesondere von besonders vulnerablen Kindern und Jugendlichen und wir sind auch aktiv daran, verbessernde und stärkende Massnahmen zu ergreifen.

Wenn wir jetzt erfolgversprechende praktikable Massnahmen finden, dann setzen wir sie um respektive wir beantragen bei Ihnen die dafür notwendigen Mittel. Wir finden jetzt einfach im Zusammenhang mit dieser konkreten Motion den spezifischen Auftrag nicht so zielführend, Ihnen dazu innerhalb von einem Jahr noch separat zu berichten und einen Mittelbedarf aufzulisten. Die Mittel wären damit ja dann auch nicht gesprochen. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Berichtsschritt nicht unbedingt brauchen und würden uns deshalb gerne auf die Daueraufgabe, die das ja ist, konzentrieren, im Gespräch mit den verschiedenen Institutionen und Personen, die diese Leistungen erbringen, Massnahmen zu entwickeln, die das Angebot noch verstärken können.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Verständnis, wenn wir diesen Auftrag eher nicht annehmen wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Amina Trevisan.



Amina Trevisan (SP): Die vorliegende Motion greift ein wichtiges Problem auf. Es ist allseits bekannt, dass gegenwärtig ambulante Psychotherapieplätze fehlen. Die Wartezeiten für einen Therapieplatz ist für psychisch belasteten oder erkrankten Menschen unendlich lang, insbesondere höchst vulnerable Menschen wie Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung müssen lange auf eine ambulante psychotherapeutische Behandlung warten. Das darf so nicht sein. Der Bedarf an einer Psychotherapie ist grösser als das Angebot. Es besteht dringender Handlungsbedarf auf der politischen Ebene

Aber eine einfache Lösung gibt es nicht. Es braucht einen Strauss an Massnahmen. Auch wenn diese Motion auf ein wichtiges Thema eingeht, so muss sie dennoch auch inhaltlich kritisch betrachtet werden. In dieser Motion werden zahlreiche Aspekte miteinander vermischt, um schliesslich zu einer Forderung zu gelangen, die nicht deutlich hergeleitet wurde. Bevor ist inhaltlich auf die Motion zu sprechen kommen, möchte ich an dieser Stelle darauf verweisen, dass die FDP noch vor den Sommerferien am Bündelitag die vorliegende Motion betreffend fehlende Psychotherapieplätze einreichte, ohne auf die Antwort des Regierungsrates auf meine im April eingereichte schriftliche Anfrage zu warten, die genau dieses Problem der mangelnden Psychotherapieplätze bereits aufgegriffen hat. Im Unterschied zur FDP haben wir anschliessend in einer Motion, die auf der schriftlichen Anfragen basiert, konkreten Lösungen formuliert, wie das Problem betreffend mangelnde Psychotherapieplätze behoben werden kann. Vorab haben wir einen Lösungsweg mit Fachverbänden diskutiert und erarbeitet.

Nach diesem kurzen Exkurs komme ich wieder auf die vorliegende Motion zu sprechen. In der Motion ist anfänglich die Rede von häuslicher Gewalt. Häusliche Gewalt ist in der Schweiz, wir haben es gehört, ein weit verbreitetes Problem, welches grosses Leid verursacht. Jedes Jahr sterben durchschnittlich 25 Personen infolge häuslicher Gewalt. Die Mehrheit der getöteten sind Frauen. Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen Unterstützung. Häusliche Gewalt wird in der vorliegenden Motion im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung in Verbindung gebracht. Dabei wird darauf verwiesen, dass Fachpersonen fehlen, die auf Gewaltdynamiken spezialisiert sind und traumaorientiert arbeiten und insbesondere im Kinder und Jugendbereich ist es derzeit sehr schwer, einen Therapieplatz zu erhalten. Das trifft alles zu. Im letzten Teil der Motion, unter den Forderungen, soll aber der Regierungsrat damit beauftragt werden, innerhalb eines Jahres ein Konzept auszuarbeiten, wie die Zahl der ambulanten Therapieplätze kurz- und langfristig erhöht werden kann. Von einem spezifischen Problem ausgehend, wurden die Forderungen auf alle Bereiche ausgeweitet. Das heisst, in der Motion wurden nicht mehr Psychotherapieplätze mit Fachpersonen für häusliche Gewalt gefordert, sondern insgesamt mehr Psychotherapieplätze.

Dass wir mehr Psychotherapie jetzt brauchen, stimmt auch aber die Fraktion SP Basel-Stadt überzeugt in dieser Motion die Herleitung und die Formulierungen für die Forderungen nicht. Dabei wurde zudem eine Frist von einem Jahr für die Erarbeitung eines Konzeptes gefordert, die nicht einzuhalten und somit nicht realisierbar ist.

Trotz dieser Kritik unterstützt die SP-Fraktion die vorliegende Motion bei der Erstüberweisung, denn das Thema ist viel zu wichtig. Es braucht dringend Lösungen für die mangelnden Psychotherapieplätze. Die SP-Fraktion wird die Motion überweisen. Wie bitten Sie, dasselbe zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat Motionär Beat Braun das Wort.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich danke meinen Vorredern, die bestätigen, dass das ein sehr ein wichtiges Thema ist. Regierungsrat Lukas Engelberger, Sie sagen, es gebe schon heute eine hohe Dichte und ein gutes Angebot, aber Sie bestätigen auch, dass es Massnahmen braucht und dass auch Massnahmen ergriffen werden, aber dass kein Bericht notwendig sei. Aber ich glaube, genau bei diesem Thema ist Transparenz wichtig, sodass man weiss, wo man steht oder wo es vielleicht noch weitere Unterstützung bedarf aus der Politik. Darum finde ich die Motion wichtig.

Ich danke Amina Trevisan für die guten Ausführungen und Präzisierungen. Ich habe diese Motion auch mit den Fachverbänden diskutiert und die unterstützen sie auch. Die Herleitung her kann man diskutieren. Ich hätte sie auch noch ausführlicher beschreiben können, ich probiere jedoch, in den Motionen kein Buch zu schreiben, sondern das irgendwie zusammenzufassen. Aber ich danke schon einmal für die Unterstützung und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht überweisen haben. Wir stimmen darüber ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005013, 20.11.24 17:14:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 80 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

69. Motion 9 Tonja Zürcher und Konsorten betreffend ganze Bevölkerung am Überschuss des Kantons beteiligen

[20.11.24 17:15:09, 24.5310.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte die Motion nicht zur Stellungnahme erhalten. Wir eröffnen die Debatte. Zuerst hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

Oliver Bolliger (GAB): Wir alle wissen es und haben es schon mehrmals gehört, alles wird teurer, die Lebenskosten steigen und steigen und immer mehr Menschen und Familien müssen ihre Ausgaben einschränken. Für einen grösseren Teil der Bevölkerung wird es immer schwieriger, über die Runden zu kommen.

Auf der anderen Seite haben wir im Jahr 2023 434 Millionen Franken Überschuss erzielt, was in Anbetracht der Weltlage ein wenig merkwürdig ist, vielleicht gar ein bisschen absurd. Und mit den neuen OECD-Einnahmen wird unsere Staatskasse auch in Zukunft weiterhin gut gefüllt sein. Es liegt deshalb auf der Hand, einen Teil des im Jahr 2023 erzielten Überschusses an die Bevölkerung weiterzugeben. Die Motion von Tonja Zürcher will 10 Prozent des Überschusses zu gleichen Anteilen an jeden Einwohner und jede Einwohnerin auszahlen, für das Jahr 2023 wären das dann 200 Franken pro Person. Wir kennen diese Praxis vom Stromsparfonds, der Ihnen allen gut bekannt ist.

Mit einer solchen Ausschüttung könnte zum Beispiel eine fünfköpfige Familie diverse Ausgaben tätigen. Ich mache Ihnen ein ganz konkretes Beispiel. Die Kinder werden ja gross mit der Zeit, und dann wechseln sie von einem Kinderzimmer zu einem Jugendlichenzimmer und dann braucht es eine gewisse neue Möblierung. Das kostet sehr schnell mal, auch wenn man günstig einkauft in einem schwedischen Unternehmen, sicher um die 1000 Franken. Also man könnte mit diesen 1000 Franken, die eine fünfköpfige Familie mit dieser Ausschüttung bekommen würde also ein neues Bett, Matratze, Duvet usw. einkaufen.

Es ist aber auch klar, dass damit die gestiegenen Mietkosten, höheren Krankenkassenprämien, Energiekosten und so weiter nicht wirklich ausgeglichen werden. Aber für viele wäre es eben ein wichtiger Zustupf zum Haushaltsbudget, besonders natürlich für armutsbetroffene Familien mit vielen Kindern, Menschen, die auf Prämienverbilligung und Ausbildungszulagen oder Mietzinsbeiträge angewiesen sind. Wichtig dabei zu erwähnen ist, dass natürlich ein solcher Betrag bei der Sozialhilfe nicht als Einnahme gerade wieder angerechnet werden würde.

Der Vorteil gegenüber der Motion von Christian Moesch, den wir ja letzten Oktober überwiesen haben, zur Rückvergütung von kantonalen Überschüssen an die steuerzahlenden Privatpersonen ist, dass diese Motion einen kleinen Beitrag zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit ermöglicht. Steuern haben immer einen Gerechtigkeitsaspekt, bei einer Ausschüttung der Gelder nur an Steuerzahlende profitieren einmal mehr jene Menschen, die in der Lage sind, Steuern zu bezahlen. Es ist eine Form einer versteckten Steuersenkung, wenn Menschen, die keine Steuern bezahlen können, nicht in irgendeiner Form an einer Ausschüttung oder Rückvergütung beteiligt werden. Ein Überschuss resultiert aus zweierlei Gründen, das ist Ihnen wahrscheinlich sehr bekannt: Steuereinnahmen sind höher und Ausgaben sind tiefer als budgetiert. Es ist ja schon erstaunlich, die Bürgerlichen kommen immer mit dem gleichen Ansatz, sofort Einnahmen und Ausgaben senken, was zur



Folge hat mit der Zeit, dass der Service Public ausblutet und geschwächt wird. Dies schwächt insgesamt aber auch die Demokratie, was in den politischen Verschiebungen zu den extremen Rechten zum Ausdruck kommt und ich denke, da ist es auch ein wichtiger Ansatz hier gegenzusteuern.

Aus unserer Sicht ist es also viel zielführender, die Einnahmen nicht noch weiter zu senken, sondern mit den Überschüssen die notwendigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen sowie hier mit dieser Motion die ganze Bevölkerung an den guten Zeiten zu beteiligen. Denn die Idee, dass nur ein steuerzahlender Mensch einen wertvollen Beitrag an die Gesellschaft leistet und deshalb am Wohlstand des Kantons teilhaben darf, ist aus einer menschlichen, sozialen und gerechten Perspektive höchst problematisch. Aus diesen Gründen bitten Sie das GAB, die Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich bin tatsächlich ursächlich für den ersten Vorstoss zum Thema. Was machen wir mit all diesen überschüssen, die in den letzten Jahren beim Kanton angefallen sind. Ich habe heute wieder ein Interview geben dürfen, es sind ja schon enorme Summen, und wenn man das gewissen Leuten erzählt aus Ländern, wo nur Schulden gemacht werden, dann fallen ihnen die Augen aus dem Kopf.

Tatsächlich habe ich mir die Idee, die jetzt in der Motion von Tonja Zürcher steht, auch überlegt als ich den ursprünglichen Vorstoss geschrieben habe. Es gibt aber einen Grund, wieso ich diese Idee nicht weiter verfolgt habe. Das Thema, wie es jetzt in diese Motion steht, ist eigentlich grundsätzlich interessant. Ich schaue jetzt zu Regierungsrätin Tanja Soland und ihr Budget für die kommenden Jahre. Das sieht nicht toll aus. Wir rechnen im nächsten Jahr kaum noch mit einem Überschuss, wenn wir den ESC durchführen, wird es ein Minus sein. Dann wird es nichts mehr zum Zurückerstatten geben, also auch nicht für die Steuerzahler. Mit der grundsätzlichen Idee, dass man jemandem dann etwas zugute haben möchte, die das auch nötig haben, bin ich absolut einig, das das soll auch geschehen, aber wir dürfen das einfach nicht abhängig machen vom Resultat des Kantons. Eine erste Hochrechnung zeigt, für dieses Jahr sind es noch 100 Millionen. Wenn wir die 10 Millionen aufteilen auf die 200'000 Einwohnenden, dann gibt es nur noch 50 Franken pro Person. Dann reicht es wahrscheinlich auch nicht mehr für den Einkauf bei diesem schwedischen Möbelhersteller. Wenn wir dann bei 0 sind, dann haben wir zwar eine nette Idee, aber von denen wird nichts mehr übrigbleiben.

Ich denke, wenn Sie die Kundschaft oder die Klientel begünstigen wollen, die effektiv auf dieses Geld angewiesen ist, dann machen Sie das bitte auf eine andere Art und Weise und nicht mit einem Bonussystem, abhängig von den Überschüssen des Kantons. Ich finde das persönlich schade und es ist eigentlich unnötig. Daher ist unser Antrag, diese Motion in dieser Form, wie sie vorliegt, abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich muss Ihnen schon sagen, Christian Moesch, ich bin jetzt schon ein bisschen erstaunt. Jetzt haben Sie wirklich gesagt, Sie machen und sich Sorgen um das Budget für die kommenden Jahre. Geschätzte bürgerliche Ratskolleginnen und Ratskollegen, es gab eine Sitzung hier im Parlament, und da haben Sie in einer Nachtsitzung zwischen 22.35 und 22.50 Uhr zwei Motionen überwiesen, bei der einen haben Sie auch noch schön reingeschrieben, was sie uns kostet bezüglich Steuersenkung, nämlich 150 Millionen Franken. Dass man sich in diesem Kontext Sorgen über das Budget macht wegen dieser Motion, heisst, dass Sie noch einmal selber über die Bücher müssten, weil Sie unter anderem in dieser Motion, die Sie damals überwiesen haben, auch die Vermögenssteuern senken wollen.

Lassen Sie mich kurz etwas dazu sagen, weil sie ja gesagt haben, wir sollen diesen Leuten auf andere Weise Geld zurückgeben. Also wenn wir etwas nicht tun sollten in diesem Kanton, dann, die Vermögenssteuern zu senken, wenn wir die zweithöchste Vermögensungleichheit haben in der Schweiz. In diesem Kontext machen Sie in einer Motion, in der Sie anscheinend anscheinend Ihre finanzpolitische Verantwortlichkeit nicht wahrgenommen haben, etwas, was hoch problematisch ist, und sagen dann, das muss man jetzt so machen, denn wir müssen die Attraktivität des Standorts sichern.

Das war die Diskussion um diese Motionen. Jetzt sind wir bei der Diskussion um den Überschuss. Ich kann Ihnen ganz ehrlich sagen, ich war und bin kein Fan von der Motion Moesch noch noch bin ich ein flammender Verfechter der Motion Zürcher. Ich finde es nicht richtig, dass wir diese Diskussion anhand von Rückverteilen von Überschüssen führen. Ich glaube in diesem Rat gibt es viele anwesende Personen, die wie ich denken, dass es viele Investitionen und Ausgaben gibt, die wir in diesem Kanton tätigen könnten, die wichtig sind und die wir tätigen müssten, sei es in das soziale Wohnen, sei es in das soziale Basel, sei es in die Infrastruktur, sei es in den Service Public. Es gibt viele Investitionen, die wir angehen müssen, sei es in einen Umbau beim Klima. Aber wenn wir schon die Diskussion darüber führen, dass wir Überschüsse rückverteilen möchten, dann müssten wir sie eigentlich rückverteilen, wie es in der Motion von Tonja Zürcher gefordert wird.



Und lassen Sie mich etwas sagen zur Definition, wo, man wie helfen soll und wer wie Steuern zahlt. Oliver Bolliger hat es schon ausgeführt, es wird einfach immer wieder unterschlagen, dass diese Personen, die keine Einkommenssteuern zahlen, sehr wohl Steuern zahlen, Konsumsteuern nämlich, die asozialsten aller Steuern, die Mehrwertsteuer. Diese Steuern zahlen diese Personen. Und zweitens, wer trägt was wozu bei. Wenn wir wirklich an den Punkt kommen, an dem wir sagen, dass die Überschüsse nur von den Leuten generiert werden, die Steuern zahlen, dann haben wir ein grundsätzliches Verständnisproblem darüber, wie Wohlstand und wie auch Wachstum erarbeitet wird. Das wird nämlich nicht erarbeitet nur von den Leuten, die Steuern zahlen. Es gibt viele Menschen, die arbeiten und vielleicht nur wenige oder keine Steuern zahlen, und die tragen genau so etwas dazu bei zum Wohlstand in diesem Kanton, zum Wachstum in diesem Kanton.

Und dann noch etwas Grundsätzliches zur Frage, ob wir uns das leisten können und sollen. Wir haben letztes Mal eine Diskussion über die Familienergänzungsleistungen geführt. Ich habe nicht gehört, dass man das mit wehenden Fahnen unterstützen möchte und dass man ebendiesen Personen, die Sie vorher angesprochen haben, konkret helfen möchte. Ich muss ja auch gar nicht weit gehen. Wir werden bald wieder in diesem Saal sozialpolitische Dinge diskutieren und entscheiden, wo Sie dann wortreich begründen, warum wir das nicht ausgeben können, warum wir uns dort nicht exponieren können, warum wir uns das jetzt nicht leisten können.

Aber wenn wir darüber reden, wie Überschüsse, die übrigens auch die Unternehmenssteuererträge beinhalten, zurückzuverteilen sind, dann verteilen wir sie gerecht zurück und zwar an alle Menschen, die in diesem Kanton leben und etwas beitragen. Spielen Sie da um die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lorenz Amiet an? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Ich darf schon davon ausgehen, dass Ihnen bekannt ist, dass die Mehrwertsteuer eine Bundessteuer ist und mit dem, was wir hier debattieren, nicht das Geringste zu tun hat?

Beda Baumgartner (SP): Ja danke, Wirtschaft und Recht hatte ich auch in der Schule, der Punkt ist aber, dass man es trotzdem bezahlen muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann sind wir bei Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Warum nehmen wir diesen Vorstoss nicht entgegen, wenn wir doch den Vorstoss von Christian Moesch entgegengenommen haben? Es liegt nun einiges bei uns auf dem Tisch und ja, es ist der Regierung lieber, wenn sie diese Rückvergütung machen, wie sie im System Moesch vorgeschlagen wird, denn das ist für den Finanzhaushalt weniger riskant.

Diese Motion nehmen wir schon deshalb nicht entgegen, weil darin gefordert wird, dem Grossen Rat innert 6 Monaten eine Vorlage zu unterbreiten. Es tut mir leid, das ist schlicht unmöglich. Sie wissen ja auch, wie lange Sie in den Kommissionsberatungen an einem Geschäft haben, das schon ausgearbeitet vorliegt und wo Sie vielleicht Änderungen anbringen wollen. Und wir fangen hier bei Null an. Also es ist unmöglich im Prozess, das müsste das müsste in zwei oder drei Monaten in der Regierung sein und dann macht es da zwei oder drei Durchläufe. Ich weiss nicht, warum Sie immer so kurze Fristen einsetzen. Da müssen wir aus Prinzip dagegen sein.

Wenn Sie schreiben, dass die Bevölkerung an den Überschüssen beteiligt werden soll, habe ich immer den Eindruck, dass Sie uns vorwerfen, wir hätten ein grosses schwarzes Loch, wo das Geld verschwindet. Es verschwindet nicht. Es erhöht unseren Handlungsspielraum, wir haben weniger Schulden, die Bruttoschulden werden reduziert, wir müssen weniger Geld aufnehmen. Das erhöht den Handlungsspielraum für zukünftige Generationen, auch schon für die aktuellen. Wir sind bereits wieder etwas am Limit mit unserer Planung der Investitionen. Die sind sehr hoch, sogar sehr hoch, das heisst, wir brauchen diese Überschüsse, um unseren Finanzierungsgrad der Investition zu sichern. Das ist also nicht einfach für nichts, das das Geld wird gebraucht und auch sinnvoll eingesetzt.

Nichtsdestotrotz kann man darüber diskutieren, aber es ist nicht so, dass Sie sich Sorgen machen müssen, dass ich es sonst verbrenne, weil ich nicht weiss, was ich damit machen soll. Nein, es wird eingesetzt, ganz sicher, glauben Sie mir, Sie profitieren davon, die Unternehmern profitieren davon. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Das Thema ist bei uns angekommen, und innert 6 Monaten schaffen wir es schlicht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lorenz Amiet.



Lorenz Amiet (SVP): Die Argumente haben Sie gehört. Ich kann mich sehr kurz fassen. Ich möchte einfach ein Bild korrigieren. Oliver Bolliger hat gemeint, dass man nicht nur Wohlhabende am Wohlstand beteiligen lassen möchte. Geschätzte Damen und Herren, in Basel-Stadt beteiligen sich alle am Wohlstand unseres Kantons. Indem wir uns die teuersten Schulen der Schweiz leisten, am meisten pro Kopf für Kultur ausgeben in der Schweiz, das grosszügigste Sozialsystem zum Beispiel im Bereich der KITAS haben der Schweiz und so weiter und so fort, und an diesen Dingen beteiligen sich alle, egal ob sie keine Steuern im Kanton bezahlen oder ob sie Millionen an den Kanton abliefern.

Wir müssen also auf keinen Fall jetzt noch mit irgendwelchem Helikopter-Geld, wo jeder noch einen Batzen bekommen soll, Leute für etwas entschädigen, das sie nicht zugute haben oder nicht bekommen. Alle Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Kanton profitieren vom Wohlstand unseres Kantons und ich bin überzeugt – und in dem Punkt teile ich die Meinung der Basta und nicht die Meinung von Christian Moesch –, dass wir auch weiterhin und viele Jahre in der Zukunft von einem sehr guten Wohlstand und von guten Steuereinnahmen ausgehen können. Und die Erkenntnis, die ich jetzt gewonnen habe aus dieser Diskussion ist, dass diese Tatsache doch auch linksausen angekommen ist und das freut mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei der Motionärin Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Wir sind in unserem Kanton in einer aussergewöhnlichen Situation. Während andere Städte in der Schweiz, andere Gemeinden sich überlegen müssen, ob sie Schulhäuser sanieren können oder nicht, diskutieren wir darüber, was wir mit dem jährlich anfallenden Überschuss im Bereich von mehreren 100 Millionen anfangen sollen. Wie sollen wir das verteilen oder eben nicht verteilen? Was wollen wir machen? Ja und auch ich, ganz ehrlich, wäre absolut dafür, dass wir in Zukunft keinen Überschuss mehr machen, wenn wir dieses Geld, das dieser Kanton hat, dafür einsetzen, um den Menschen zu helfen, die es brauchen. Familien wurden genannt, wir haben heute über Prämienverbilligungen diskutiert und so weiter und so fort.

Aber wenn sich der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit in diesem Kanton sich weiterhin mit Händen und Füssen gegen diese wichtigen Investitionen, diese wichtigen Förderungen sträuben, dann werden wir auch in Zukunft Überschuss machen und dafür sollten wir schauen, dass wir damit etwas Sinnvolles anfangen.

Ich bin schon etwas erstaunt, dass die Regierung findet, dass eine Motion, die 10 Prozent des Überschusses verteilen wird, finanzhaushaltspolitisch viel riskanter ist als eine, die viel mehr davon verteilen will. Vielleicht kann mir das Tanja-Soland mal genauer erklären. Und zu den Fristen. Das ist halt so eine Sache. Wir haben heute schon verschiedene Geschäfte gehabt, deren Fristen schon mehrmals verlängert wurden und dann immer noch nicht umgesetzt wurden. Ich glaube, wir sind einfach langsam ungeduldig. Wir möchten, dass dieser Überschuss, wenn er dann auch in 10 Jahren noch ist, irgendwann auch mal zurückverteilt wird an die Bevölkerung und nicht weiterhin einfach gemacht wird. Und Tanja Soland, Sie wissen auch, dass bei einer zweiten Überweisung die Frist verlängert werden könnte, wenn das die Regierung unbedingt wollte. Also einfach hier beleidigt sein, weil wir eine strenge Frist gemacht haben, finde ich jetzt schon etwas peinlich.

Aber zur Motion selber. Oliver Bolliger und auch Beda Baumgarten haben sehr vieles schon sehr klar gesagt. Es geht hier um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist aus meiner Sicht absolut nicht akzeptabel und auch nicht verständlich, warum wir ungefähr einen Viertel der Bevölkerung von diesem Überschuss ausschliessen wollen, warum wir das Geld den Menschen geben sollen, die es nicht brauchen und nicht denen, die es brauchen, Und ja, es ist schade, wenn das Geld dann vielleicht nicht jedes Jahr kommt, oder vielleicht in einem Jahr mal weniger und einmal mehr. Aber geben wir das Geld doch lieber einmal oder zweimal oder dreimal den Menschen, die es brauchen statt den Menschen, die es nicht brauchen, und dann können sie sich einmal ein neues Bett leisten oder einmal eine neue Zahnsperre für ein Kind. Das wäre dann immerhin besser als ein Rolls-Royce oder ein Picasso auf dem WC.

Also es geht hier tatsächlich um soziale Gerechtigkeit und vielleicht können Sie sich damit auch eine Parkkarte leisten, wenn das so wichtig ist. Auch das dürfen diese Familien machen. Also bitte stimmen Sie Ja, wenn Sie das soziale Gewissen und den Blick für die kleinen Leute in der letzten halben Stunde nicht wieder vergessen haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005015, 20.11.24 17:36:55]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird nicht überwiesen mit 50 Nein-Stimmen gegen 45 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

70. Motion 10 Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt

[20.11.24 17:37:08, 24.5333.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und Sandra Bothe-Wenk hat das Wort.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Obwohl wir kantonal bereits zahlreiche Massnahmen ergriffen haben, erreichen wir lediglich eine Abschlussquote von 85,4 Prozent bis zum Alter von 25 Jahren. Wir liegen damit deutlich unter dem Ziel von neu 95 Prozent, das Bund und EDK gesetzt haben und unter dem schweizweiten Durchschnitt von 19,7 Prozent. Ein Abschluss auf Sekundarstufe ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Eintritt ins Erwerbsleben und zentral für eine nachhaltige Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Wir sind wirklich auf alle Fachkräfte angewiesen, denn auch diese Zahlen sind besorgniserregend.

Die GLP begrüsst, dass das Erziehungsdepartement im Rahmen des Fokusthemas Laufbahnentscheide eine Abschlussquote von 95 Prozent in seine strategischen Ziele aufgenommen hat. Auf die geplante Evolution des Ausbildungsobligatoriums bis zum 18. Lebensjahr im Projekt Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell LiB unterstützen wir ein Blick auf die Informationen zu LiB im Netz, zeigt aber, dass es vor allem um die Formulierung von Visionen für die Volksschule geht. Konkrete Massnahmen werden nicht aufgezeigt, hingegen wird angedeutet, dass bestehende Beurteilungs- und Bewertungssysteme für die Selektion zu überdenken sind. Bei uns Grünliberalen entsteht der Eindruck, dass die Volksschule möglicherweise erneut einer Reform unterzogen werden könnte. Wir fragen uns, ob der Weg über Visionen kurz- und mittelfristig tatsächlich zielführend ist, um der Verantwortung gerecht zu werden, junge Menschen bis zur Volljährigkeit verlässlich und realitätsnah in ihrer Ausbildung zu begleiten. Dabei verstehen wir ein Ausbildungsobligatorium nicht als zusätzliche staatliche Regulierung, sondern als einen Fokus darauf, dass Jugendliche auf ihrem Bildungsweg nicht ins Stocken geraten, ohne wieder zurückzufinden.

Dies geschieht, wenn Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit direkt arbeiten um die Familie zu unterstützen oder ein halbjähriges Praktikum absolvieren, aber keine Anschlusslehrstelle finden. Ein Indiz dafür ist die verzögerte Übertrittsquote im Basler Lehrstellenbericht 2023, die zeigt, dass Jugendliche Jahre nach der obligatorischen Schulzeit keinen Ausbildungsweg eingeschlagen haben. Dies führt zu verlorenen Jahren, erhöht das Risiko sozialer Isolation und verlängert die Abhängigkeit vom sozialen Unterstützungssystem. Weiter sehen wir in der Einführung einer Ausbildungspflicht eine Massnahme, um dem Problem des vorzeitigen Schulabbruchs entgegenzuwirken, denn Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit eine weiterführende Schule besuchen, laufen dann Gefahr, ins Abseits zu geraten, wenn sie mit den Anforderungen oder dem Leistungsdruck nicht zurechtkommen und ohne Plan abbrechen.

Der Bildungsbericht Schweiz 2023 zeigt, dass solche Schulabbrüche häufig die Abschlussquoten senken und die Zukunftsperspektiven der betroffenen Jugendlichen gefährden. Eine Ausbildungspflicht könnte dem entgegenwirken, indem sie allen Jugendlichen einen begleiteten und verbindlichen Rahmen bietet, der insbesondere den Übergang in die Berufsbildung erleichtert und erfolgreicher gestaltet. Die Sorge, Jugendliche könnten unvorbereitet in eine Ausbildung gedrängt werden, lässt sich durch eine Ausbildungspflicht entschärfen, wenn diese mit gezielten Massnahmen zur Motivation und intensiver Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Ausbildung begleitet wird. Um die Wirtschaft besser einzubeziehen, liegen bereits Vorstösse vor.



Diese Ansätze sollten aber nicht nur auf die Sekundarstufe 1 beschränkt werden, sondern auch auf die Mittelschulen der Sekundarstufe 2 ausgeweitet werden. Die Ausbildung von Jugendlichen unabhängig von ihren familiären oder sozialen Voraussetzungen ist zweifellos das wichtigste Mittel zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit, bekämpft den Fachkräftemangel und trägt entscheidend zu einem harmonisierten Zusammenleben in unserer Gesellschaft bei.

Wir unterstützen das in der Kreuztabelle, das haben Sie gesehen. Wir wollen eigentlich dem Regierungsrat die Möglichkeit geben, über die einzelnen Massnahmen und die Kostenfolge zu berichten, um eine abschliessende Entscheidung in Bezug auf eine verbindliche Umsetzung treffen zu können. Für die Frist der Umsetzung von einem Jahr kann zudem Verlängerung beantragt werden. Ausserdem findet sich in der Antwort der Regierung auf den Anzug von Melanie Nussbaumer nur zur Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe 1 lediglich ein kurzer Abschnitt zum Stand der Umsetzung in Genf und im Tessin. Diese basieren jedoch nicht auf Standort spezifischen Voraussetzungen, die für Basel erst noch evaluiert werden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Es ist nicht zu bestreiten, eine Abschlussquote von 85 Prozent in unserem Kanton ist viel zu tief. Dahinter verbergen sich zerbrochene Träume, steinige Lebenswege, eine unsichere Zukunft und viel zu viele Talente, die unentdeckt geblieben sind und die wir eigentlich auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Diese Entwicklung bereitet wohl allen hier drin Sorgen. Es ist keine Frage, dass sich etwas bewegen muss, aber ein Ausbildungsobligatorium?

Ich bin Schulrätin des Zentrums für Brückenangebote, eine Schule, die Enormes leistet genau für diejenigen Jugendlichen, die nach dem Abschluss der Sekundarschule noch Zeit brauchen, Zeit, um sich mehr Wissen anzueignen, um Lücken zu schliessen, Zeit, um herauszufinden, welcher Weg zu ihnen passt. Damit so ein Brückenangebot funktioniert, braucht es aber vor allem eines, die Jugendlichen selbst, Sie sind die, die diese Chance packen müssen, sie müssen die Motivation für eine Ausbildung selber finden. Vielleicht können wir Jugendliche zwingen, in einem Schulzimmer zu sitzen, aber können wir sie zwingen, dabei auch etwas mitzunehmen?

Ich halte ein Ausbildungsobligatorium deshalb für den falschen Weg. Wir dürfen nicht vergessen, es ist kein Zufall, wenn ein junger Mensch mit 25 Jahren noch keine Ausbildung auf Sek 2 abschliessen konnte. Die Zahl der Jugendlichen, die unter psychischen Belastungen leiden, steigt. Schulabsentismus ist ein Symptom davon. Nicht alle Jugendliche funktionieren in unserem Schulsystem und nicht alle erhalten die Förderung, die sie verdienen und die zu ihnen passt. Und wir dürfen die Jugendlichen nicht vergessen, die dramatische Fluchterfahrungen machen mussten, die in ihrem Heimatland vielleicht kaum beschult wurden, die zum Teil überhaupt erst einmal alphabetisiert werden müssen.

All diese Jugendlichen brauchen Unterstützung. Auch wir sind bereit, Massnahmen zu unterstützen, welche den Ausbildungsstand der Jugendlichen erfassen, die sie beraten und eng begleiten, damit niemand durch die Maschen fällt. Als GAB halten wir es aber nicht für sinnvoll, mit einem Obligatorium Jugendliche durch Ausbildungen zu drängen, die nicht zu ihnen passen oder wo ein erfolgreicher Abschluss kaum gelingen wird. Wir glauben, ein Ausbildungsobligatorium produziert nicht gut ausgebildete Fachleute, sondern eher Bildungswege, die zum Auffangbecken oder zum Abstellgleis werden. Wie eine solche Umwälzung unseres Ausbildungssystem innert der Frist eines Jahres gelingen soll, ist uns ebenfalls ein Rätsel. Deshalb, Begleitung und Unterstützung unbedingt Ja, ein Obligatorium aber bitten wir Sie abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Entgegen der Kreuztabelle ist die SP für eine Erstüberweisung dieser Motion. Es wurde bereits angesprochen, Melanie Nussbaumer hat einen Anzug eingereicht, der ebenfalls ein Ausbildungsobligatorium angesprochen hat, hat aber in ihrem Anzug noch ganz viele andere Themen angesprochen. Und da danke ich Fina Girard für ihr Votum, obwohl wir das sehr stützen aber zu einem anderen Schluss kommen. Ein Ausbildungsobligatorium kann helfen, hilft aber nur, wenn es begleitet wird, wenn es Begleitmassnahmen, Unterstützungsmassnahmen für die Jugendlichen dazu gibt. Ich denke da zum Beispiel an die Schulsozialarbeit auf der Sek Stufe 2. Die gibt es noch nicht. Das wäre ein ganz wichtiges Instrument, um Jugendliche auf dem Weg zu einer Ausbildung zu begleiten, dass sie nicht aus dem System fallen.

Darum möchte die SP-Fraktion eine Stellungnahme des Regierungsrats hören, möchte auch etwas tiefer hören, was denn das Projekt LiB wirklich beinhaltet. Das wird nur kurz angesprochen in der die Beantwortung des Anzugs von Melanie Nussbaumer. Da würden wir gerne etwas mehr hören. Ich würde auch gerne von Joël Thüring danach hören, ob er bereit ist, die Frist von einem Jahr zu verlängern, weil es nicht möglich ist, in einem Jahr ein Ausbildungsobligatorium umzusetzen. Also auch da wäre ich sehr froh um ein Signal.



Die SP-Fraktion ist für diese Erstüberweisung, was wir nachher machen mit der Stellungnahme des Regierungsrats, ob wir sie ein zweites Mal überweisen oder für einen Anzug sind, werden wir dann sehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Eine Umsetzung innerhalb eines Jahres ist nicht machbar. Wir kennen in der Schweiz zwei Beispiele aus den Kantonen Tessin und Genf. Was heisst das für die vorliegende Forderung nach einem Ausbildungsobligatorium bis zum Alter 18 im Kanton Basel-Stadt? Wir sind überzeugt, die Idee eines Ausbildungsobligatoriums muss sorgfältig geprüft werden. So stellen sich viele Fragen. Welche Vorteile ergeben sich daraus? Welche Wirkungen sind zu erwarten? Welche Kosten hätte ein Ausbildungsobligatorium zur Folge? Wie liesse sich ein Ausbildungsobligatorium durchsetzen? Welche Sanktionen wären für das Nichtbefolgen eines Ausbildungsobligatoriums möglich und durchsetzbar?

Klar ist auch, ein allfälliges Ausbildungsobligatorium hätte verschiedene Gesetzesänderungen zur Folge. Ich kann Ihnen mitteilen, eine Prüfung des Themas Ausbildungsobligatorium ist im Rahmen des Projekts Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell im ED sowieso vorgesehen. Wir sind jetzt in der Startphase. Das führt mich zum Hauptargument, warum die Motion abzulehnen ist. Und dazu kommt noch, dass das Vorlegen einer Gesetzänderung innerhalb eines Jahres völlig unrealistisch ist. Daher beantragen wir Ihnen, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe vor allem aufgrund des Votums von Fina Girard auf den Knopf gedrückt. Franziska Roth hat auch schon vieles gesagt, was ich als Reaktion darauf sagen wollte. Mir scheint vor allem wichtig zu sehen, dass das Wort Obligatorium nicht heisst, dass man mit einem Baseballschläger die Jugendlichen mit Gewalt bedroht und sie zwingt, irgendetwas zu tun, was sie nicht tun wollen. Sonst müssten wir auch das Schulobligatorium in der Volksschule abschaffen. Es geht darum, Zugriff auf sie zu behalten. Es gibt ja das Gap-Case Management, um Leute zu begleiten, die Mühe haben, einen Berufsausbildungsweg zu finden. Aber das beruht darauf, dass die Jugendlichen auch Willens sind, da teilzunehmen und wenn sie dann mal nicht mehr in Kontakt stehen, dann gibt es keine Möglichkeit, bei ihnen dran zu bleiben und sie weiter zu unterstützen.

Ich sehe in der Möglichkeit der Prüfung dieses Obligatoriums auch die Möglichkeit, eben mehr Zugriff zu behalten, um zu unterstützen, wie das auch Franziska Roth dargelegt hat. Dass das Jahr für die Umsetzung zu knapp bemessen ist, das sieht auch die Fraktion Mitte/EVP. Wir wollen vor allem der Idee eine Chance geben und denken auch, dass dann bei einer zweiten Überweisung ein Verlängerungsantrag möglich wäre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich habe mich jetzt auch spontan noch gemeldet, weil ich bei diesem Thema wirklich auch meine grosse Bedenken habe. Man kann sagen wie Franziska Roth, dass man unter dem Ausbildungsobligatorium eigentlich etwas anderes versteht, Unterstützungsmassnahmen, die wir ja schon lange kennen, das Gap-Case gibt es jetzt auch nicht erst seit gestern schon so schon seit langem. Und trotzdem, aus meiner Realität, aus der sozialen Arbeit mit Menschen, die wirklich nicht den Schullaufbahnweg machen, den wir uns alle vorstellen, und sonst keine Probleme haben, bekommen sie im Ausbildungsobligatorium, wie ich das Obligatorium halt auch verstehe und ich gehe mal davon aus, dass Joël Thüring da trotzdem ein bisschen ein Obligatorium sieht, nicht einfach nur Unterstützungsmassnahmen.

Darin sehe ich eine grosse Gefahr. Wenn die Regierung zu diesem Thema etwas machen möchte, dann denke ich, müsste es eigentlich aus ihrer Sicht um die Frage gehen, wie wir eine gute Ausbildungsquote für Jugendliche und junge Menschen erreichen, welche Massnahmen nötig sind für Personen, die gar keine Probleme haben und für Personen, die richtig grosse Probleme haben. Und ich fände schon spannend zu wissen, was ein Ausbildungsobligatorium heisst für einen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, der mit 19 Jahren auf der Sozialhilfe ist und unterstützt werden muss und zurzeit nicht in der Lage ist, irgend an etwas teilzunehmen oder vielleicht auch nicht möchte aufgrund seiner aktuellen Situation. Wird dann die Sozialhilfe in Frage gestellt? Das könnte ja ein Ausbildungsobligatorium auch bedingen.

Deshalb bin ich weiterhin, auch nach den Voten von Seiten der SP, immer noch gegen die Überweisung dieser Motion.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich bin ja auch Präsident der Schulkommission von der Gewerbeschule. Haben Sie das Gefühl, mit so einem Obligatorium würden wir diese Quote von 15 Prozent junger Menschen, die eben keinen Abschluss haben, wirklich verbessern können?

Oliver Bolliger (GAB): Nein, das glaube ich nicht. Es braucht Massnahmen und eine Wirtschaft, die entsprechend reagiert.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Motionär Joël Thüring hat nun das Wort.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich auch relativ kurz halten, weil insbesondere auch Sandra Bothe sehr viel in ihrem Votum gesagt hat, was dafür spricht, dass Sie diese Motion bitte an den Regierungsrat zumindest für eine Erstüberweisung überweisen, damit er uns berichten kann.

Es ist tatsächlich so, dieses Ausbildungsobligatorium soll dazu führen, dass wir auch Erkenntnisse dazu sammeln, weshalb eben gewisse Jugendliche oder junge Erwachsene auch nicht einen Abschluss zustande bekommen haben. Es soll dem Kanton auch ein Stückweit die Möglichkeit geben, aufgrund dieser Zahlen oder aufgrund dieser Erhebungen Rückschlüsse auf Risikofaktoren zu treffen und dann auch allenfalls die entsprechenden Massnahmen in die Wege zu leiten, damit diese verbessert werden können damit diese Abschlussquote, die im Kanton Basel-Stadt mit 85 Prozent sehr tief ist, erhöht werden kann. Das ist eigentlich der Kern des Anliegens, weil wir eben zu viele junge Erwachsene haben, die eben diesen Abschluss nicht haben, dass wir diese Quote erhöhen.

Und ich glaube, es ist auch wirklich eine Investition in diese jungen Menschen, damit diese nicht durch die Maschen des Ausbildungssystems fallen. Es erhöht auch die Chance, dass wir junge Erwachsene im Ausbildungssystem behalten, wenn wir sie mit diesem Ausbildungsobligatorium auch ein bisschen besser «im Griff» haben. Und deshalb freut es mich auch, dass Franziska Roth im Namen der SP-Fraktion kundgetan hat, dass sie für eine erste Überweisung wäre. Ich kann auch versichern, dass diese Frist von einem Jahr nicht sakrosankt ist. Selbstverständlich haben wir Verständnis dafür, dass eine Einführung des Obligatoriums nicht von heute auf morgen geschehen kann und da bin ich sehr gerne bereit, auch als Motionär, einer allfälligen Verlängerung der Frist auch zuzustimmen.

Und es gibt ja da auch tatsächlich, wie es auch schon gesagt wurde, Beispiele aus dem Kanton Tessin, die man dann bei der Umsetzung auch mitberücksichtigen kann. Ich hoffe, dass die Regierung, sofern diese Motion dann auch überwiesen wird, das dann auch macht, hier auch profitieren kann von Erkenntnissen und Erfahrungen, die schon an anderer Stelle gemacht worden sind. Und deshalb glaube ich auch ist diese Motion eine Ergänzung zum bereits erwähnten Anzug von Melanie Nussbaumer, die ja einen breiteren Fächer in ihrem Vorstoss angesprochen hat. Hier liegt in der Zwischenzeit die Antwort des Regierungsrates vor. Und ich muss kritisch an die Adresse der Regierung festhalten, dass sie mich jetzt nicht überzeugt hat, dass diese Motion der falsche Weg ist, im Gegenteil, sie hat mich auch eher darin bestärkt, dass es wichtig ist, an dieser Motion für den Moment auch festzuhalten. Und hier habe ich auch Hoffnung, dass Regierungsrat Mustafa Atici diesem Anliegen sehr wohlwollend gegenübersteht. Er hat ja als Nationalrat ähnliches oder gleiches auch bereits gefordert und ich glaube, er wird auch als jetzt zuständiger Departementsvorsteher diesen Geist, den er in Bern hatte und in Bern vertrat, nicht vergessen und dieses Anliegen auch vielleicht so angehen, wie es auch aus meiner Sicht und auch aus Sicht der Mitvotantinnen und -votanten gemeint ist.

Deshalb bitte ich Sie, geben Sie dieser Motion eine Chance bei der Erstüberweisung. Wir können dann schauen, was der Regierungsrat dazu berichtet. Ich würde mir aber jetzt auch an die Adresse des Erziehungsdepartements wünschen, dass die Antwort substantiell ausfällt und dann auch nicht die Situation allzu sehr relativiert oder gar beschönigt, weil diese ist in Basel-Stadt mit dieser doch sehr tiefen Abschlussquote tatsächlich nicht zufriedenstellen. Das beunruhigt uns, wir haben damit ein grosses Risiko, dass wir Menschen auch in prekären Arbeitsverhältnissen nachher haben, weil sie keinen Abschluss haben. Und wenn wir über dieses Ausbildungsobligatorium etwas zur Erhöhung der Abschlussquote beitragen können, dann glaube ich, ist dies der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat nimmt die Motion nicht entgegen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005018, 20.11.24 17:59:34]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 31 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich wurde gebeten, darauf hinzuweisen, dass auch heute Abend eine politische Kundgebung angekündigt ist auf dem Marktplatz zu einem anderen Thema, als wir es im Oktober auf dem Marktplatz hatten. Auch die Polizei hat uns darüber informiert. Diese ist also im Bilde.

Schluss der 38. Sitzung

18:00 Uhr